

Die andere Geburtstagsfeier!

100 Jahre SHELL

Kill a Multi!

Am 16.6.76 verübte die südafrikanische Armee und Polizei ein Massaker an einer SchülerInnendemonstration in Soweto. Dieses brutale Vorgehen löste einen nationalen Aufstand gegen das Rassistenregime in Südafrika aus, in dessen Tradition alljährlich vielfältige Aktionen stattfinden.

1990, eben an diesem Tag feiert ein fatter Profiteur der Apartheid seinen hundertsten Konzerngeburtstag: SHELL.

Unser Kampf gegen die Unterdrückung in Südafrika und gegen die Politik der multinationalen Konzerne weltweit wollen wir an diesem Tag an verschiedenen Einrichtungen des SHELL-Konzerns zum Ausdruck bringen.

Am 16. Juni 1990, dem internationalen Aktionstag gegen SHELL werden in Berlin an vielen SHELL-Tankstellen Aktionen stattfinden, von denen drei angekündigt werden. Natürlich seid ihr alle aufgefordert, selber an einer Tankstelle mit FreundInnen, GenossInnen, Bekannten oder KlassenkameradInnen aktiv zu werden oder bei einer der drei angekündigten Aktionen teilzunehmen und mit Musik, Feuerspucken oder ähnlichem für Stimmung zu sorgen.

In der Woche vor den Aktionen wird es zwei Veranstaltungen geben, die sich auch mit SHELL beschäftigen:

- "Zur aktuellen Situation in Südafrika" Veranstaltung am Dienstag, 12.6.90, 19 Uhr im Gemeindehaus Nostitzstr.6
- "Kill 1,2,3, viele Multis! Was haben SHELL und andere Erdölmultis mit Kolumbien zu tun?" Freitag, 15.6., 20 Uhr im Syndikat, Weisestr.56



**11 Uhr: Anti-SHELL-Spektakel im Wedding
an der Tanke Müllerstr. (neben Karstadt)**

**12 Uhr: Boykottkette der Anti-Apartheid-Bewegung
an der Tanke Hohenzollerndamm/Konstanzer Str.**

**15 Uhr: Zentrale Abschlußkundgebung mit anschließender Blockade
an der Tanke Grunewaldstr.(U-Bhf. Bayrischer Platz)**

Funktion als Enthüllungsorgan, links der bürgerlichen Medien. Betroffene wollten zu Wort kommen und kamen zu Wort. (...) Indessen haben sich die Schreibstücker in den Reaktionen ... angenehmeren Feldern politischer Lebens zugewandt, in denen auch mal ein Schulterklopfen drin ist: Betroffene traktieren uns - Politiker höheren uns. Wem fällt da die Entscheidung schwer?" (1983)

Obwohl die taz ständig auf linksradikale Ansätze eindrischt, sind ihre eigenen Positionen inhaltlich sehr dünn. Z.B. kritisiert die taz an der Szene die "verrückte Staatsfixiertheit", betreibt aber ausgiebige Wahlberichterstattung. Und es gehört schon eine

ganze Menge "verrückter Staatsfixiertheit" dazu, so ausführlich über solch eine zweitrangige Farce zu berichten. Zu oft auch läßt sich nicht mehr zwischen bewußter Blindheit und handwerklichem Unvermögen differenzieren. Die Kombination aus Dummheit und reaktionären Gedanken, katastrophaler Recherche aus Ignoranz sowie bewußter Verfälschung ist charakteristisch für die taz und politisch gefährlich - gerade weil die taz von vielen immer noch der Linken zugerechnet wird.

Autonome Opposition

TERMINE TERMINE TERMINE termine termine termine termine termine termine

Leider haben wir es diese Woche nicht geschafft die ständigen Termine zu tippen - müßt ihr halt im letzten Heft nachschauen. Auch die Termine vom El Locco müßt ihr dort erragen.

DONNERSTAG 14.6.

18.00 Volkliche in der Dankelmann

54, Remise

20.00 Häuserkampfplenum in der

Dankelmann 54, Remise

21.30 Vorbereitung fürs 2. Int.

Frauencamp im Falckeladen,

Falckensteinstr 46

18.00 Kaffeekonzen - Klatschen

Lützowplatz, vor Zirkus

Roncalli

FREITAG 15.6.

15.00 Eröffnung der neuen STATBAU-

Büroäume, Urahnhof Urbanstr.

116

16.00 Anti-IWF-Infoveranstaltung in

Leipzig (s.Flugl)

20.00 "Kill 1,2,3, viele Multis!

Was hat SHELL mit Kolumbien

zu tun?" Infoveranstaltung

der Kolumbien AG im Syndikat,

Weissestr. 56 1/44

22.?? Kiezdisco in der Dankelmann

54

17.00 Kundgebung zum Hungerstreik

der spanischen Genossen auf

dem Hermannplatz

SAMSTAG 16.6.

11.00 §218-Demo in Born

16.00 Anti-IWF-Demo in Leipzig

(s.Flugl). am 16.+17.6 findet

auch ein Gegenkongreß statt

12.00 Frühstück in der Noitzstr.49

(bei Demo oder ähnlichem

10.00)

19.00 Im Rahmen der El-Salvador-

Ausstellung in der Galerie

Olga Benario, Boddinstr. 61:

"Augenzeugenberichte aus El

Salvador von Uwe Brück und

Juan Gehring

21.00 Fete auf dem Görl

11.00, 12.00, 15.00 SHELL-Tankstel-

lenblockaden (s.Flugl)

16.00 Frauen-Antifa-Demo-Vorberei-

tung im Frauenhaus in der

Mainzerstraße 3

SONNTAG 17.6.

13.00 Lausplatzfest gegen

Einheitsstap und Ausländer-

Imengesetze

16.00 Neuköllner Kiez-Kino-Kuchen-

Kaffee mit Kentucky Fried

Chicken im Krümelladen, Weser

str. 1/44 (ab jetzt jeden So)

MONTAG 18.6.

20.00 Film + Diskussion zur Situa-

tion der politischen Gefan-

genen in Japan mit einem Ge-

nossen aus Japan im EX

DINNSTAG 19.6.

18.00 Videofilm "Behind the Mask"

ehemalige IRA-Leute erzählen

ihre Geschichte + Diskussion

in der Schweinmensa FU,

Fabeckstr.

20.00 Im Rahmen der El Salvador-

Ausstellung in der Galerie

Olga Benario, Boddinstr. 61:

"Exilio" Videofilm über das

salvadorianische Flüchtlings-

Lager Colomanagua, Honduras

MITTWOCH 20.6.

19.00 ab jetzt jeden Mittwoch:

Neuköllner Kiezkeiße im

Krümelladen, Weserstr.

20.00 Frauen-Antifa-Kneipe im

Falckeladen zur geplanten

Antifa-Demo in Ostberlin

22.?? Ortstermin der Stadtteil-

kommision auf dem C.Wissmann-

platz (genauer Termin wird

noch bekannt gegeben)



Im
Wedding
ANTIFA-CAFE
jeden 1. Sonntag im Monat
16.00 - 19.00 Uhr
Fabrik Osloer Str. 12



Die Landung der taz am bürgerlichen Ufer ist erfolgreich abgeschlossen. Als Journalistischer Einstand wurde mit der 1. Mai-Berichterstattung ein rauschendes Fest gefeiert. Die Polemik floss in Strömen. Dreckig, feige und gemein, ja so sind sie, die Autonomen. Eine neue Qualität ist erreicht, das Niveau der Springerpresse wird - was bisher kaum möglich schien - noch unterboten. Die Autonomen als hilflose, nur aus Lust an der Gewalt agierende Chaoten - dieser von der bürgerlichen Journalistenschon seit Jahren verbreiteten undifferenzierten Diffamierung schließt sich die taz freudig an. Differenzierte Kritik ist zum Fremdwort geworden: Gegengewalt von Unten wird faschistischem Terror gleichgesetzt, unter dem die (Kreuzberger) Bevölkerung leidet und gegen den sie sich zur Wehr setzen müsse. Gezielt wird damit auf eine Frontenbildung im Schwarz/Weiß-Schema zwischen friedliebenden Bürgern, die an einer positiven Entwicklung des Stadteils interessiert seien und Autonomen, die angeblich nur dessen Zerstörung im Sinn haben. Geleugnet wird damit die Möglichkeit eines parteiunabhängigen, außerinstitutionellen und diesen Staat ablehnenden Bewußtseins und Handlungsfeldes. So finden weder die Aktionswoche vor dem 1. Mai - außer ihrer bloßen Existenz - noch die Ideen und Vorstellungen der Fest- und Demovorberbeitungsgruppe Erwähnung. Stattdessen wird für die Staatsseite Partei ergreifen. Wie selbstverständlich sorgt sich die taz um einen weiterhin ungetrübten Verlauf der Karriere unseres lieben Innensentors Patzold. Dieser integre und ehrliche Politiker will ja schließlich nur unser aller Bestes: Autonome sollen nur gehauen werden, wenn sie wirklich böse waren (Prinzip der Deeskalation), Kreuzberg soll nicht in Scherben liegen. Hoch lebe der SPD/AL-Senat! Die taz, die mittlerweile gut in die Rolle eines anti-autonomen Heftblattes hineingewachsen ist - nicht umsonst boten die Bullen der taz wegen ihrer Artikel zum 1. Mai Schutz an - betreibt in ihren Berichten eine präventive Rechtfertigung selbst brutalster Polizeieinsätze. Die Ausgrenzung staatskritischer Positionen erfolgt auch noch innerhalb des reformistischen Lagers, wo ebenfalls in gut (staatstragend) und böse (staatskritisch) unterschieden wird. Gegengewalt von Unten ist nicht nur nicht legitim, sondern auch unnötig, will uns die taz erzählen. "Die Möglichkeit gewaltloser Veränderung gehört zu den wichtigsten Erfahrungen der 'Herbstrevolution' ...", schreibt ein Olaf Kampmann, taz-Redakteur in Ost-Berlin und rät uns altklug: "Wer tatsächlich gesellschaftliche Veränderung erreichen will, muß zu Mitteln greifen, die den Staat dazu

zwingen, sein Gewaltpotential in der Schublade zu lassen. Hier könnten die 'Kreuzberger' - so es Ihnen mit gesellschaftlichen Veränderungen ernst ist - von ihren Freunden im Osten lernen." Wir möchten an diesem Punkt dann aber doch darauf hinweisen, daß es den Oppositionsgruppen in der noch-DDR keineswegs gelungen war, das staatliche Gewaltpotential in der Schublade zurückzuhalten: daß die bereits stehenden NVA-Truppen nicht zum Einsatz kamen, ist nämlich schlicht und ergreifend der Intervention der Sowjetunion zuzuschreiben. Ganz davon abgesehen, daß es keine Revolution war, sondern es sich nur um eine Transformation zu einem rechtsstaatlich-parlamentarischen Kapitalismus handelte (im Falle Rumänien auch nicht gerade friedlich). Ganz nebenbei betreibt die taz dann noch ein bißchen Geschichtsfälschung durch Unterschlagung von Hintergrund und Motivation der autogewalt von Unten herzustellen. Die Aktivitäten rund um den 1. Mai sind für die taz schon deshalb wertföhl und falsch, weil sie es zu ihrer Richtschnur erhoben hat, von den 'maßgeblichen Kräften' in diesem Staat anerkannt zu werden. Sie will gemäß den üblichen Spielregeln mitmachen dürfen. Aber sie hat sich nicht nur für sich - als Zielungsunternehmen - für den legalistischen Weg entschieden, sie propagiert ihn als den einzig gangbaren. An diesem Punkt beginnt der Schaden, den die taz anrichtet: mit ihren tumben, dogmatisch-legalistischen Propagandaverstell sie ihren Leserinnen den Blick auf andere Politikansätze. Eine weitere Ausprägung des bürgerlichen Journalismusverständnisses ist die Scheinobjektivität: es mehrten sich die Artikel, in denen anscheinend keine Stellung, im Zweifelsfall aber zu Gunsten des SPD/AL-Senates (o.ä.) bezogen wird. Nicht einmal mehr reformistisch also, sondern einfach nur noch regierungsfreundlich. Diese Entwicklung wird auch von der Mehrheit der Redakteure seit einigen Jahren vorangetrieben. In internen Papieren, im 'taz-Buch' veröffentlicht, wurde schon früher kritisiert: "... der Zug heißt Realjournalismus, weg von der linken Basis, von Bewegungen und vor allem von Militanten. Heute heißt es: (...) Dazugehören. Man ist nicht mehr vortrang als politisch Person in der taz, sondern als Journalist. Und der soll möglichst wertfrei schreiben, klassenlos wie unsere Gesellschaft." (1984) "Als die taz entstanden ist, hatte sie ihre

Die neue

RADIKAL

(140)

ist da !!

NEUEADRESSE

Alle Post im doppelten Umschlag. Wenn ihr uns helfen wollt, schickt gleich mehrere Briefe auf einmal los. Auf den äußeren Umschlag: GAV/Monatszeitung, Neulerchenfelderstr. 12, A-1160 Wien auf den inneren Umschlag: Z.K. Bitte keine Schabloneinschrift, keine Münzen, keine Schecks. Wenn die Beantwortung eurer Post oder Bestellungen nicht gleich laufen, bleibt cool. Wir arbeiten "ehrenamtlich", d.h. auch die 35-Stunden-Woche ist in unserem Fall ein schlechter Scherz.

37

Abos in den Knast und an Infoläden sind umsonst.

natürlich die 140. Vorhanden sind die Nrn.: 135, 136, 138, 139 und willst. ab welcher Ausgabe du die radi abonnieren scheid, sag Be- pen für 5/10 Ausgaben nur bei und im Voraus. Sag Be- geht locker: Wir brauchen deine Anschrift und 40/80 Pie-

A B O

Lange Reden sparen wir uns diesmal. Die radi ist krimi- nalisiert, also wird sie überwiegend von Hand zu Hand weitergegeben und liegt kaum in Läden aus. Wenn du die Zeitung gut findest, kannst du mit deinen Möglichkeiten was dafür tun, daß sie rumkommt. Verdienen tust du daran genauso wenig wie wir, nämlich nur den Lohn der Angst wegen des Risiko des § 129a ("Terror" und so). Wenn du Bock hast, sag Bescheid, und wir klären die Einzelheiten brieflich. Hab Bock!

HANDVERKAUF

3 - 4	Unsa Sent
5 - 13	Antifa
5 - 6	Artikel: Fascho-Überfälle in der DDR und eine Einschätzung
7 - 10	Infos aus verschiedenen Regionen
11 - 13	Antirassistische Aktionen der RZ / Sinti und Roma
14 - 14	Kill A Multi
14 - 16	Antirassistische Aktion von RARA (Niederlande)
17	Artikel: Rassistischer Kapitalismus in Südafrika
18 - 20	Artikel: Für einen neuen Dreh in der Shell-Kampagne
21	Kill-a-multi-Aktionstage
22 - 24	Erklärungen zu Aktionen der Kampagne
24 - 26	Anleitung für einen Zeitzunder
27	Erklärungen zu militanten Aktionen
28 - 37	Knastkampf
28 - 32	Artikel zum Knastkampf in der JVA Moabit in Westberlin
33 - 35	Artikel zum Hungerstreik von GRAPD/PCR in Spanien
36	Knastrevolten in England und Schottland
37	Knastneubau in Heimsheim / Kurzinfos
38 - 57	1. Mai Westberlin
38 - 44	Artikel: 1. Mai 90 und die Vorgeschichte
45 - 47	Erklärungen zu Aktionen gegen den Wohnungs"markt"
48 - 52	Interview mit 2 Autonomen
53 - 57	Interview mit einem türkischen Genossen
58 - 59	Artikel: Räumungen und Häuserkampf in Kopenhagen
60	Infotelefon für die Provinz / Aktion in Hamburg
61 - 67	für, an, über, mit Frauen
61 - 65	88 - Papier: von uns an euch
65 - 67	Erklärungen zu Frauenaktionen
67	Flug zum Angriff auf die Hafenstraße
68	Warum? Darum!

INHALT !!!

Aufruf von autonomen Gruppen

36 in Leipzig zur DEMO

Anti-IWF-Demo am 16.6. in

Leipzig 16.00 Uhr Mendebrunnen

Das Problem der Umweltverschmutzung, der Zerstörung unseres Lebensraumes, das Problem des Waldsterbens, des Ozonlochs und des Hungers in den armen Ländern der Erde ist uns schon lange bekannt. Wir kennen Greenpeace, wir spenden Geld auf Solidari-
kanten, wir wissen um unsere eigene Mitverantwortung und richten unser Leben schon mehr und mehr darauf ein. Die politischen Parteien im Westen haben in den 80er Jahren dem Druck der Bevölkerung nachgegeben und Umweltfragen in ihre Parteiprogramme aufgenommen. Auch bei uns werden die Parteien mit unendlich vielen Perspektiven um unsere Gunst. Dennoch müssen wir einschätzen, daß sich die Lage desbezüglich nicht bessert, ja sie verschlechtert sich noch. Die Frage nach den Ursachen dieser Erscheinungen versetzt uns zurück in unsere Welt. In den USA und hier in Europa wird das Netz geknüpft, das die verarmten Länder einfaßt und ihnen die Luft abdichtet.

Hier, vor unserer Haustür, befinden sich die Kommandozentralen der modernen Kolonialisten, hier haben sie ihre Festungen und ihren politischen Rückhalt. Für uns sind es nicht nur die Parlamente, sind es nicht die Menschen der "reichen" Welt, die Schuld tragen an der globalen Misere, für uns sind es die cleveren Geschäftemacher, die sich mit ihrem Geld die Parteien gefügig machen, die durch geschickte Werbefeldzüge ganze Völker zum blinden Konsum treiben, die Millionen arme Menschen für einen Hungerlohn, weit ab von Europa, ausbeuten und mit billiger Ware die Märkte an sich reißen. Es geht ihnen nur ums Geld, um Profit und Macht. Dabei scheuen sie sich nicht, junge Staaten materiell unter Druck zu setzen und ihnen ihre Politik aufzuzwingen. Sie scheuen sich nicht, Hunderttausende verhungern zu lassen, wenn aus ihnen kein Profit mehr zu machen ist, sie scheuen nicht Krieg und menschenfeindliche Systeme, nur um so ihre Waffensysteme verkaufen zu können.

JETZT KOMMT DIESER SOGENANNT "FORTSCHRITT" IN FORM VON WESTLICHEN KONZERNEN UND BANKEN AUCH ZU UNS;

versucht, uns abhängig zu machen und in seine schmutzigen Geschäfte einzuspannen. Mit schönen Worten wollen sie den "unwissenden" Osten leicht erobern und für die eigenen Geschäfte zu benutzen. Für die Völker jenseits der überflußgesellschaft wird das Leben so nur noch härter. Was uns hier "preisgünstig" angeboten wird, ist anderen unbarmherzig genommen.

IWF und Weltbank machen globale Politik, diktieren den Politikern die Marschrichtung. Um vor der Welt ihr Gewissen zu bereinigen, verabreichen sie ab und zu Almosen in Form von Hilfgütern oder Schuldenerlassen. Aber sie werden niemals zulassen die Wurzel des Übels anzutasten, denn dann würde ihre Macht brechen und ihre Profite versiegen. Die Medien, die Parlamente und das Geld gehören schon ihnen, aber unseren Verstand haben sie sich noch nicht erkaufte.

DESHALB RUFEN WIR AUF ZU EINER DEMONSTRATION GEGEN DIE AUSBEUTUNG DER WELT.
Tragt unsere Ängste, unseren Ärger und unsere Alternativen in die Öffentlichkeit und beteiligt euch an dieser Demo in Leipzig

Aufruf aus Leipzig:

Vom 15. bis 17. Juni 1990 finden in Leipzig sogenannte "ANTI-IWF-AKTIONSTAGE" statt. Diese Aktionstage stehen im internationalen Zusammenhang und wurden vom zentralen Anti-IWF-Komitee in Paris beschlossen. An diesen Tagen sind in Amerika (hauptsächlich Südamerika) und mehreren westeuropäischen Ländern Aktivitäten gegen die IWF/Weltbank-Tagung in Houston (USA) geplant. Ob auch in anderen Städten der DDR was dazu laufen soll, ist uns nicht bekannt.

Bei uns auf jeden Fall machen wir eine INFO-VERANSTALTUNG am 15.6.90 eine ANTI-IWF-DEMONSTRATION am 16.6.90 ein GEGENKONGRESS 16.+17.6.90

Wir ihr sicher wißt, ist Leipzig die Nazi-Hochburg der DDR, auch wenn man in Westberlin mehr über die Faschos in Lichtenberg/Friedrichshain mitkriegt. Tatsache ist aber, daß vor allem die Demo extrem gefährdet ist, da wir einen militanten Angriff der organisierten Nazibanden erwarten. Unsere eigenen Kräfte sind leider nicht so, daß wir dem viel entgegensetzen könnten. Wir tun schon, was wir können, was die Verteidigung der Demo angeht. Trotzdem brauchen wir Unterstützung!

Wie die Verhältnisse hier sind, also daß wir in erster Linie nach Unterstützung auf der Straße statt nach politischer Unterstützung fragen - das zeigt bereits die Notwendigkeit vom praktischen Widerstand. Wir werden Euch in den nächsten Wochen noch einen ausführlicheren Bericht über die Lage hier schicken, nur diesmal brauchen wir erstmal HILFE.

Wer sich vorstellen kann, noch am Samstag nach Leipzig zu kommen:

Wir treffen uns um 16.00 Uhr am Mendebrunnen am Karl-Marx-Platz vor der Oper.

Das ist zu Fuß ca. 5 Minuten vom Hauptbahnhof (wenn man rauskommt links den Ring hoch).

Wir sind nicht viel hier in Leipzig, aber wir wollen uns nicht vor dem Terror der Nazis verknien!

Solidarität mit den Unterdrückten in der ganzen Welt - Gegen IWF + Weltbank!

Noch eine Anmerkung:

Wir sehen die Notwendigkeit von militanten Aktionen ein und handeln auch dementsprechend. Trotzdem bitten wir Euch, nur der Situation nach angemessen zu handeln. Das heißt: Trotz schon sehr bürgerlicher Politik ist die Vopo nicht automatisch auf der Straße unser Feind.

Wir wollen nicht, daß sie grundlos angegriffen wird, außer natürlich zur eigenen Verteidigung. Sorry, aber die Verhältnisse sind hier anders.



Am Mittwoch vormittag wird eine Delegation der Autonomen an der Demonstration teilnehmen, die die "Selbstesteinberufenen" der Democrazia Proletaria angekündigt haben und an der auf dem Domplatz - mit unterschiedlichen Transparenzen - die Metallarbeiter von CGIL, CISL und UIL teilnehmen werden, um die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zu fordern.

Für Freitag den 15. um 21 Uhr werden die Jugendlichen des Leoncavallo und ihre Genossen eine Versammlung in der Via Corridoni machen und am 19. werden sie ein permanentes Sit-In beim Justizpalast organisieren, wo der Prozess gegen die nach der Räumung des Leoncavallo am 16. August des vergangenen Jahres angezeigten beginnen wird.

Schließlich kündigen sie an, daß sie vom 28. Juni bis zum 2. Juli trotz Verbot des Bürgermeisters den Parco Lambro für eine Reihe von Konzerten und Veranstaltungen besetzen werden.

Das fertige Programm wurde gestern von einer Gruppe von Vertretern des "Centro", von Autonomen und von zwei Abgeordneten der DP veröffentlicht, unter ihnen das Mitglied der nationalen Leitung von DP, Francesco Casaroli, der Führer der selbstesteinberufenen Metallarbeiter - einer der drei Verletzten vom Freitag.

Die Ankündigung der Initiative ist auch Gelegenheit gewesen, polemisch auf die Auseinandersetzungen zurückzukommen, die die Demonstration vom Piazza del Lotto zum Piazza De Angeli charakterisiert hatten und zu den Polizeieinsätzen, auch in einer U-Bahn-Station.

Es wurde vertreten, daß die Zahl der Verletzten sehr hoch sei, ungefähr 30 Jugendliche, und es wurde bekräftigt, daß keiner der Demonstranten bewaffnet war, "zumal Carabinieri und Polizei noch nicht mal einen Knüppel beschlagnahmt hätten".

Das neue kommunale Ratsmitglied Umberto Gay wird vom Bürgermeister Aufklärung fordern und im Parlament wird es Beiträge von der Democrazia Proletaria geben, die auf eine Erklärung zu dem Grund "einer Aggression, in die auch zahlreiche Passagiere der U-Bahn miteinbezogen wurden, als die Demonstration längst aufgelöst war" drängen werden.

"Im U-Bahntunnel - fährt die Anklageversion fort - hat es heftige Szenen gegeben und viele Passagiere sind schreiend geflüchtet, während andere riskierten auf die Gleise gestoßen zu werden oder von den Treppen zu fallen. Es handelte sich um eine nutzlosen Einsatz, um eine Prügelei, die alle Kennzeichen eines vorsätzlichen Hinterhalts hatte". Es fehlte nicht an Kritikern gegen Fabio Treves, dem kommunalen Ratsmitglied, vom Bürgermeister Beauftragter für die Lösung der Probleme Jugendlicher.

Zu den Auseinandersetzungen hat auch Democrazia Consiliare Stellung bezogen, eine Vereinigung der CGIL, die die "Solidarität mit den Demonstranten" ausdrückte und "die vorsätzlichen und ungerechtfertigten Einsätze der Ordnungskräfte" verurteilte.

Von der jüngsten Vergangenheit zur näheren Zukunft mit dem kriegesischen Programm an Initiativen, von dem die Rede war. "Wir haben die Absicht, das Verbot, während der Weltmeisterschaft zu demonstrieren, zu brechen - wurde bekräftigt - und wir organisieren eine Auseinandersetzung/Zusammenkunft aller sozialen Gruppen zu einem großen Treffen vor San Siro im Hinblick auf ein nächstes Fußballspiel".

Und weiter: "Die Weltmeisterschaften dürfen nicht als Vorwand für eine repressive Aktion genommen werden, man kann das Land nicht für einen ganzen Monat einschließen lassen, als ob es nicht andere Probleme als die des Sports gäbe, der schon das Leben von 24 Arbeitern während des Baus der Stadien gekostet hat".

Die "Selbstesteinberufenen" haben die Absicht der Demonstration am Mittwoch "die Bedeutung einer sozialen Anklage" zu geben und nicht nur die der Forderung nach Erneuerung des Tarifvertrags mit 400.000 Lire (ca. 600 DM) Lohnerhöhung und 35 Stunden Arbeit pro Woche.

An der Spitze der Gruppe Transparenze des Betriebsrates von Zamberletti, von Farmitalia und von Candy. Pippo Torri, Regionalabgeordneter von DP und andere Veranstalter des Protests, hatten ohne Erfolg gefordert, daß die Erlaubnis zur Demonstration auf eine halbe Stunde vorverlegt wird. Um 16.45 gingen Demonstranten und Ordnungskräfte aufeinander los: auf Carabinieri und Polizei wurden Geldmünzen und leere Flaschen geworfen.

Plötzlich versuchte eine Gruppe jugendlicher aus dem Leoncavallo mit Tüchern vor dem Gesicht, eine Demonstration auf der Viale Migliara zu beginnen, trotz des Redebeitrags von Pippo Torri, der sie über Mikrofon aufforderte, stehen zu bleiben.

Hier prügelte die Polizei das erste Mal. Eine gewalttätige Auseinandersetzung, die wenige Minuten dauerte und drei Verletzte zu Boden gehen ließ, die dann nur mit Mühe von den Krankenwagen erreicht werden konnten, da die wegen der Blockade der Viale Migliara gezwungen waren, über die große Verkehrsinselfahren. Die Demonstration wurde fortgesetzt und hielt vor dem Sitz der CGIL an. Unmittelbar danach, immer noch vorne und an der Seite von der Polizei begleitet... näherte sie sich Piazza De Angeli.

Der Marsch wurde bestimmt von Sprechchören zum Tarifkonflikt der Metallarbeiter, Aufrufe an die Bevölkerung, sich zu solidarisieren und von jugendlichen des Leoncavallo, die sehr damit beschäftigt waren, Wände und einige parkende Autos zu besprühen. Dann, um 18 Uhr, auf dem Platz die Ankündigung, daß die Demonstration beendet sei und sofort danach der letzte gewalttätige Krawall, wenige Minuten lang in der U-Bahn-Station. Am Abend verkündete DP, daß unter den Verletzten auch Francesco Casaroli von der nationalen Leitung der Partei ist.

und Corriere della Sera vom 10.6.:

AUTONOME OHNE ATEMPAUSE/WAFFENSTILLSTAND

Nach den Auseinandersetzungen werden sie wieder auf die Straße gehen, um das Verbot zu durchbrechen. Die jugendlichen des Leoncavallo und andere Gruppen nehmen sich vor, schon am Mittwoch mit einer Demonstration das Verbot, das in der Zeit der Fußballweltmeisterschaft in Kraft ist, zu durchbrechen - Am 19. eine "Besetzung"/Sit-In am Justizpalast und am 28. die Besetzung vom Parco Lambro

Nach den Auseinandersetzungen von Freitag (Krawalle und Knüppelinsätze der Ordnungskräfte im Gebiet um das Stadion am Eröffnungstag der Weltmeisterschaften) hören die Autonomen, die jugendlichen des Leoncavallo und von anderen Centri Sociali nicht auf. Sie erneuern sogar die Kriegserklärung und zielen dabei besonders gegen die Anordnung von Bürgermeistern Pilitteri, die während der gesamten Fußballweltmeisterschaft Demonstrationen verbietet.

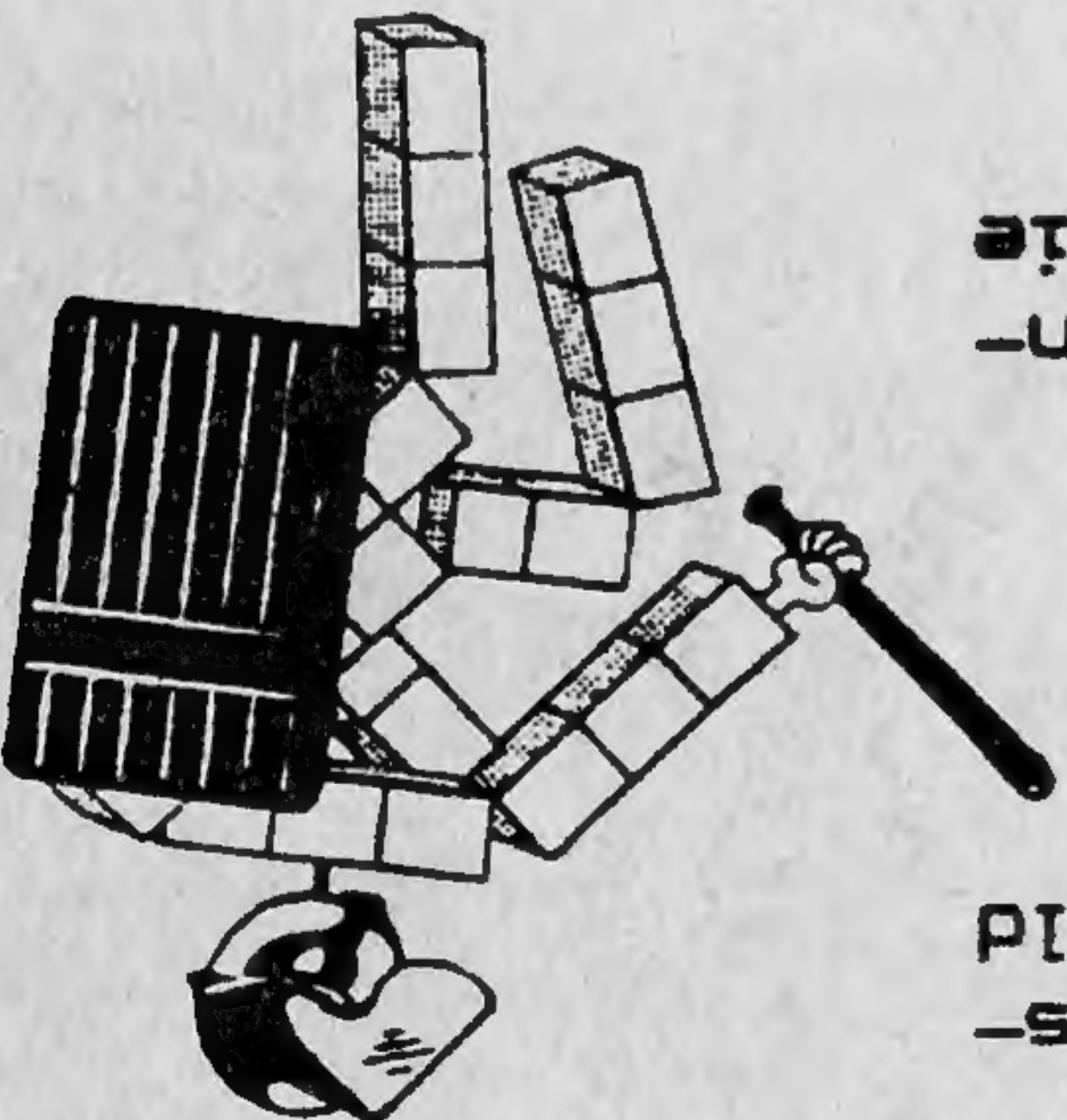
Fußballmeisterschaft in Italien

Zur Fußballmeisterschaft in Italien
zwei Artikel aus der bürgerlichen Mailänder Tages-
zeitung "Corriere della Sera", die trotzdem wohl ein Bild
vermitteln, was da grad los ist...

vom 9. Juni '90

Der Eröffnungstag der Fußballmeisterschaften von Ausein-
andersetzungen zwischen Ordnungskräften und Autonomen, die
nach San Siro <Fußballstadion in Mailand> wollten, getrübt

EINE STUNDE DES KRIEGES AUF DEM FEST DER FUßBALLWELTMEISTERSCHAFT



Die Gewalt wurde von einigen Dutzend jugendlicher aus dem Leoncavallo provo-
ziert, die gegen 15 Uhr in die Demonstration der "selbststeinberufenen" <auto-
convocati - d.h. die Demonstration war gewerkschaftsunabhängig> Metallarbeiter
eingesickert waren
Polizeieinsätze am Piazzale Lotto, um die Extremisten daran zu hindern den
Bereich des Stadions zu erreichen - Drei verletzte Demonstranten sind im
Krankenhaus behandelt worden - Auch ein Dutzend Beamte bei den Auseinander-
setzungen verletzt - Der Belagerungszustand dauerte bis 18 Uhr - Der Protest
hat sich erst aufgelöst nach dem Anpfiff des Spiels

Krieg auf dem Fest der Fußballweltmeisterschaft. Mailand hebt den Vorhang zu
den Fußballmeisterschaften, aber zwei Stunden vor der Eröffnung wird Piazzale
Lotto zum Schlachtfeld zwischen Autonomen und Ordnungskräften. Eine Demonstra-
tion der "Selbststeinberufenen" der Metallarbeiter, denen sich die Autonomen des
Leoncavallo angeschlossen haben, wird zur Gelegenheit für eine erneute
Schlacht in der Stadt. Von 15 Uhr bis 16 Uhr ist ein weites Gebiet in 1
Kilometer Entfernung vom Stadion im Belagerungszustand. Mit Parolenrufen und
Versuchen, das Sicherheitsspalier zu durchbrechen steigt die Anspannung. Nach
den ersten Schubserien setzen sich die Knüppel in den Händen der Beamten
durch. Einige der Demonstranten enden mit blutigem Gesicht am Boden. Für fast
eine Stunde halten die Auseinandersetzungen an und der Verkehr ist vollständig
blockiert.

Während sich die Show im Stadion vorbereitet, kommen die ersten Krankenwagen
am Piazzale Lotto an. Drei jugendliche werden behandelt und nach San Carlo
transportiert. Es sind Davide Tineili (25 Jahre), Cristina Mengoli (19 Jahre)
und Raffaele Reace (26 Jahre), alle eingeliefert mit leichten Verletzungen. In
den Krautallen gibt es auch ein Dutzend geprellter/verletzter Beamten, während
Hunderter von Fans und Amtspersonen in dem gewaltigen Verkehrstau blockiert
sind.

Die Chronik des gewalttätigen Nachmittags im Mailand der Fußballweltmeister-
schaften beginnt, als sich die Autonomen den selbststeinberufenen Metallarbei-
tern anschließen, die der Einladung von CGIL, CISL und UIL <die "kommunisti-
sche", die "sozialistische" und die katholische Gewerkschaft> nicht nachgekom-
men sind und den Protest zum Vertrag <die Forderung: 600 DM Lohnerhöhung und
35-Stunden-Woche> vor das Stadion tragen wollen. Vorne und seitlich von der
Polizei begleitet, von oben bewacht durch zwei Hubschrauber, sammeln sich die
Demonstranten auf dem Piazzale Lotto. Parolen und erhobene Transparente, "um
der Welt die Forderungen mitzuteilen". Die Polizei hatte wissen lassen, daß
keine Demonstration vor 17 Uhr genehmigt werden würde. Um 16 Uhr sind auch
jugendliche aus dem Zentrum Leoncavallo angekommen und auf dem Platz haben
sich über 400 Personen angesammelt und blockierten dabei den Durchgangsverkehr
Richtung San Siro. Die Demonstranten begannen die ersten Parolen zu rufen,
während aus einem Lautsprecherwagen einige Vertreter der "Selbststeinberufenen"
und von DP <Democrazia Proletaria> die Gründe des Protestes erklärten. "Wir
sind hier" - wiederholten sie über die Mikrofone - um an all die toten Arbeit-
ter beim Bau der Stadien zu erinnern <über 20>".

ten Schaden anzurichten. Darum ist der Soldat seiner Ausbildung nach gänzlich ungeeignet, im Inneren eingesetzt zu werden. Allerdings hat man offenbar immer noch nicht erkannt, daß die äußere und die innere Sicherheit zwei Seiten einer Medaille sind. Die äußere Sicherheit, die Verteidigung eines Landes, zählt ja nur so viel, wie der Mensch das, worin er lebt, als verteidigungswert empfindet.

In den Manöverkritiken zum Einsatz am ersten Mai des vergangenen Jahres war wie derholt von Irritationen und Verunsicherungen in den Reihen der Berliner Polizei die Rede. Hat das auch mit den Republikanern zu tun?

Eigentlich sollte man froh sein, daß diese Partei nun im Licht des parlamentarischen Scheinwerfers steht. Denn vorhanden war ihr Geist vorher auch schon. Daß die Polizei in Ordnung ist, zeigt sich daran, daß die Polizei noch nicht einen einzigen Schuß abgegeben hat, was viele angesichts der Brutalität der Randalen in Kreuzberg für ein Wunder halten. Ans Schießen denkt niemand ernsthaft. Die Manöverkritiker sollten bedenken, daß der Polizist das Grundrecht des Demonstranten schützt, er hat nur den Mißbrauch abzuwehren.

Wie viele sind das eigentlich, die zu den Demonstrationen in Kreuzberg mit Haßkappe und Steinschleuder antreten?

Selbst Terroristen führen keine Mitgliedsbücher, habe ich immer gesagt. Wir schätzen, daß etwa tausend bis fünfzehnhundert Randalierer in Kreuzberg leben. Hinzu kommen an Tagen wie dem ersten Mai eine Reihe von Krawalltouristen. Die Zahl der zu allem entschlossenen Gewalttäter indes wird nicht größer als tausend sein. Was mich 1989 wirklich beunruhigt hat, waren die vielen Kinder und Jugendlichen, die an den Plünderungen von Geschäften beteiligt waren. Ich halte das für eine Erscheinung der Überflugsellschaft, in der einzelne diesen Überfluß für sich einfach gar nicht gelten lassen wollen. Sie haben eine Waffe, die sie gegen uns kehren, das ist diese kämpferische Bedürfnislosigkeit. Im Zerterspiegel können wir dasselbe Phänomen beobachten, wenn Yuppies sich zerrissene Punker-Jeans für teures Geld im Laden kaufen, um sie als neueste Mode vorzuführen. Erschreckend die hohe Beteiligung bandenmäßig organisierter Ausländergruppen. Ganz offensichtlich gibt es noch keine Integration der zweiten und dritten Generation, der ausländischen Bewohner. Ein Problem, das man schon lange bei den Puertorikanern in den USA studieren konnte.

Das ist vielleicht auch in anderen Bezirken dieser Stadt so. Warum sind ausgerechnet die Kreuzberger Nächte so hell?

Weil man hier, wie in einem Brennspiegel, so gut focussieren kann. Viele der jungen Leute aus Kreuzberg wohnen noch nicht lange dort, nicht wenige kommen aus den besseren Vierteln, aus Dahlem zum Beispiel. Sie alle wollen das befreiende Gefühl verspüren, einmal einen Stein zu werfen. Kreuzberg ist ein symbolischer Ort, zu dem man notfalls auch von der Schwäbischen Alb anreist, um Randalen zu machen und sich so fühlen zu können, wie nirgends sonst in der Republik. Damit werden wir noch lange zu tun haben. Aber wir lernen ja hinzu. Vom ersten Mai des Jahres 1991 haben wir schon am zweiten Mai 1990 zu reden angefangen.

niedrige Rate ist. Was die Polizei zu leisten hat, ist die Wiederherstellung von Längeweile. Für die Beteiligten ist das natürlich nicht mit großartigen Erfolgsgefühlen verbunden. Der letzte Polizist muß wissen, um was es geht, auch wenn er seinen persönlichen Erfolg nie erlebt. Die Verurteilung des von ihm Festgenommenen nimmt er nicht mehr wahr, er sieht nur, daß eines Tages der Alltag wieder eingekehrt ist.

Den Ruf nach mehr Härte hören Sie nicht gerne.

Nein, der ist völlig falsch, weil er nur die Feindbilder bestätigt. Mein Konzept hieß immer Gewaltabschöpfung und Gewaltvermeidung. Fragen, die allein mit Gewalt zu lösen sind, müssen neu gestellt werden. Ein Staat, der seinen Bürgern die Faust unter die Nase hält, darf sich nicht wundern, wenn er diese Faust auf die eigene Nase bekommt, leider und gottseidank. Der Stärkere muß immer die Friedensangebote machen. Ich habe 1969 das sogenannte Diskussionskommando erfunden, das aus sieben Spitznamen „Gruppe 47“ bekam. Deren Aufgabe war, den Rädelsführern bei den „Gewaltdemos“ der Studentenbewegung sozusagen „die Kulisse wegzunehmen“. Damals wurde noch nachteilig miteinander diskutiert oder, besser gesagt, gegeneinander agitiert, weil auf beiden Seiten tatsächlich die Bereitschaft bestand, miteinander zu reden. Seit den Hausbesetzungen ist das anders, da stoßen wir auf stumme und aggressive Abwehr. Man redet nicht mit

den Vertretern der „Schweine-Gesellschaft“. Also müssen wir mit denen zu reden versuchen. Meine Forderung war immer, an den Bürger heranzugehen, auch und gerade an den, der aus dem Ruder läuft. Die Steinwurf-Distanz ist zu groß. In dem Moment, wo man Auge in Auge einander gegenübersteht, ist die Gefahr fast schon gebannt. Darum bin ich auch mit aller Entschiedenheit gegen Distanzwaffen, obwohl die Polizisten sie gerne in die Hand bekämen. Und das verstehe ich, denn sie haben ganz einfach Angst. Was glauben Sie, wie oft ich selber solche Angstgefühle hatte? Aber ich hätte sofort mein Amt niedergelegt, wenn man zu meiner Zeit diese Waffen hätte einführen wollen. Denn wer sich den Bürger vom Leibe schießen will, fängt in Wahrheit Krieg mit ihm an.

Was aber, wenn die andere Seite den Krieg erklärt?

Man muß denen, die wirklich unbelehrbar sind und einen Bürgerkrieg anzetteln wollen, zweierlei nehmen: einmal die Aussicht auf Erfolg und zum anderen die Möglichkeit, den Erfolg zum Massenerlebnis zu machen. Wer das Recht verletzt, ist ein Rechtsbrecher und muß dann auch persönlich dafür zur Verantwortung gezogen werden, daß er die Regeln verletzt hat.

Die Straßenschlachten waren vom Bürgerkrieg oft nicht weit entfernt. In Berlin ist der Einsatz von Bundeswehr oder Grenzschutz nicht möglich. Wollen Sie es aber völlig ausschließen, daß man andernorts auf militärische Hilfe zurückgreift?

Um Gottes Willen, das wäre das Schlimmste. Eines hat der Polizist vom ersten Tag an zu bedenken: die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Der Soldat lernt es genau umgekehrt: mit den geringsten Mitteln den größten Effekt zu erzielen, will sagen, den größten

Staat, sichtbar in der Staatsgewalt, der Polizei also, darf keine Anlässe geben, zum Feindbild zu geraten. Jeder Knüppelschlag auf einen Unbeteiligten gibt diesem Bild Farbe, und jede Straßenschlacht, die von der Polizei gewonnen wird, hat die Demokratie verloren. Und zwar deshalb, weil sich mit solchen Einsätzen schnell eine Vorstellung verbindet, mit der sich in bestimmten Gruppen der Bevölkerung leicht eine fatale Staatsverdrossenheit züchten läßt. Andererseits darf auch die Polizei bei sich kein Feindbild der anderen Seite entstehen lassen. Das eskaliert ja sofort. Das Teufliche ist eben, daß auch die legale Gewalt zur Eskalation führt. Und darum ist das Gewaltmonopol des Rechtsstaates nur darin begründet, daß er die Gewalt nicht als Gegenengewalt einsetzt, sondern als allerletztes Mittel, wenn Rechtsgüter oder Menschenleben anders nicht zu schützen sind. Die Forderung muß immer lauten, den Einsatz der Polizei möglichst zu vermeiden, nicht bloß, ihn möglichst lange hinauszuschieben. Wer ausschließlich mit den Mitteln der Sicherheitspolitik Sicherheit herstellen will, hat damit den Bürgerkrieg schon vom Zaun gebrochen. Die großen Schlachten haben wir 1969 und in den Jahren danach nicht auf der Straße geschlagen, sondern zuvor in den Auseinandersetzungen mit dem Innenminister und seiner Bürokratie. Im Augenblick, glaube ich, suchen jene, die politische Verantwortung tragen, wieder nach überzeugenden Konzepten.

Wie aber grenzt man die ein, die sich selber ausgrenzen?

Sicherlich nicht durch Suppenküchen. Den Hausbesetzern wurde seinerzeit das Angebot gemacht, die sogenannten „Instandbesetzungen“ zu legalisieren, die Besetzer gleichsam zu Besitzern zu machen. Wer dann immer noch Revolution und Krawall veranstalten wollte, war rasch isoliert. Diese legalisierten Häuser gibt es ja noch, und sie waren im Falle eines Konflikts stets Punkte, von denen nachdrücklich Befriedung und Stabilisierung ausgingen. Auf der anderen Seite müssen diejenigen, die sich auf solche Angebote des Miteinanders nicht einlassen und geltendes Recht verletzen, dafür verantwortlich gemacht werden, daß sie gegen die Regeln verstoßen.

Und wenn auf Seiten der Polizei die Anwendung von Gewalt nicht zu vermeiden ist?

Wenn Gewalt ausbricht, gelten ästhetische Maßstäbe nicht mehr. Man stelle sich folgende Situation vor: Polizisten halten einen Mann fest, um ihn beweissicher festzunehmen, und zwei oder drei Frauen versuchen, ihn zu befreien – das sind schreckliche Bilder, weil man ja auch gegen diese Frauen Gewalt anwenden muß, indem man sie abwehrt. Wenn Gewalt die Szene beherrscht, sieht das alles nicht mehr schön aus. Wenn aber der Landfriedensbrecher, beweisssicher festgenommen, nach ein paar Monaten rechtskräftig verurteilt ist, ist er kein Rechtsbrecher mehr, der weitermacht. Wenn er des Beifalls in der Szene-Kneipe nicht mehr sicher sein kann, hört er auf. Die Quote der Freisprüche liegt bei sechzehn Prozent. Wer die Art solcher Prozesse kennt, in denen man einer bestens organisierten Verteidigerschaft gegenübersteht, die systematisch Daten sammelt in einem Ausmaß, wie es die Polizei nur bewundern kann, aber nicht selber darf – wer solche Prozesse kennt, weiß, daß das eine sehr

"Komm ich abends nach hause zu meiner Braut.."

Einführung ins kleine 1x1

sozialdemokratischer Bullenkonzepte

Da* den gefangenen frauen in der plütze vorzuspielen, war für mich ein Hammer, daß ich lieber nach hause bin um mich auszukotzen als noch mit nach mobit zu gehn. Tut mir auch leid, weil es ja um die Leute dria geht, aber wenn ich denke daß mehr scheiße rüberkommt als solida = rität, power, liebe gehts halt nicht mehr.

Schon in Tegel war es XXX so, daß von draußen XX ne massive "Solidarische" Kritik" abgedrückt wurdeX.XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX Da wurden mal wieder die szenenüblichen rie = sengroßen ansprüche formuliert, XXXXXXXX ja schon draußen XXXXXXXXXXXXXXX * XX keiner erfüllt - die eimen gehen dran kaputt und die andern tun halt so als bekämen sie geregelt. Dann ne menge sachen, die halt für drinnen erst mal gar keine Rolle spielen. Ich hab mir vorgestellt, ich sitze in ner Zelle, allein, und dann kommen welche und erzählen mir alle möglichen X dates draußen, zu denen ich ja sowieso nicht hingehn kann und kein wort dazu, warum sie das eigentlich grade vorm Knast erzählen ?

Vor der plütze dann das selbe XXXX: zuallererst ohne vermittlung was übern 2. Juni 67 - geschichtsstunde ? Dann über besetzte häuser und deren "volx" küchen und kiezdisco (!!!). Dann erst das , was wohl auch drinnen alle interessiert - die niederschlagung der revolte in santa fu. und zu guter letzt noch mal die "solidarische" kritik" wie in tegel : warum verhältet ihr euch nicht zu andern knastkämpfen (und wir ???), warum wehrt ihr euch so und nicht besser, ...

Ich glaube in der jetzigen situation ist es mal wieder angesagt, genau zu überlegen, was wollen wir den gefangenen sagen - und warum ? was ist unser verhältnis zu ihnen, warum gehn wir eigentlich zu den knästen und was machen wir da ? können (vollen) wir Gemeinsame kämpfe entwickeln ? und warum ? und wie ?

ich fñnds toll wenns Zusammen laufen könnte - aber das braucht wesentlich sensibleres umgehen miteinander.

solidarische und zärtliche grüße an die gefangenen menschen in west - berlin und die hungerstreikenden gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in Spanien + viel glück für die erkelInnen !!!

sternchen (o)

Interview mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von West-Berlin Klaus Hübner über den 1. Mai und Kreuzberg (aus: FAZ-Magazin vom 8.6.90).

Nach den Kreuzberger Straßenschlachten der Bezirk "SO 36", wie er unter Berlinern heißt, mit Belfast, aber auch mit der Bronx, dem Armenghetto von New York, verglichen worden. War das übertrieben ? Kreuzberg ist nur mit Kreuzberg zu vergleichen. Dort wohnen in "SO 36" Menschen, die sich selbst als Szene empfinden und alternativ, wenn nicht ausdrücklich anarchistisch leben wollen. Das ist nicht immer politisch untermauert, sondern meint, wenn man die Parolen beim Wort nimmt, nicht mehr und nicht weniger als: "Keine Macht für niemand!" Das hat in der Zeit des Diebeng-Senats oft zu Mißverständnissen geführt, weil man nicht einsehen wollte, daß die Probleme in Kreuzberg nicht allein sozialer, sondern auch und vor allem kultureller Art sind. Persönliche Armut und Not spielen nicht die entscheidende Rolle.

Aber ist das größte Problem nicht politischer Natur: die Gewalt, die dort immer wieder - und seit 1987 regelmäßig am ersten Mai, auch in diesem Jahr wieder - ausbricht

Das Gewaltpotential in Kreuzberg ist gewiß nicht gering. Wenn der politische Funke zündet - welcher auch immer -, ist dies stets auch die Stunde des Mobs. Das war schon beim sogenannten Blutmai im Jahre 1929 so, als es zweihunddreißig Tote in wenigen Tagen gab und die Berliner Polizei mit Massnahmen warfen das Feuer auf Menschenansammlungen eröffnete. Von Politik war keine Rede mehr, als der Mob dann durch die Straßen tobte. Nicht anders in Kreuzberg am ersten Mai 1989: Totale Aggression, unkontrolliert, zügellos und weit entfernt von politischen Absichten. Die Randalierer sind nicht nur Kreuzberger, wie die Liste der Festgenommenen zeigt. Sehr viele junge Leute aus der Bundesrepublik sind darunter, die nach Berlin kommen, um einen regelrechten Abenteuerurlaub zu machen, Hausbesetzung inklusive. Anti-Berliner hat der frühere Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen sie genannt. Aber solch eine Ausgrenzung ist sehr gefährlich.

Denn wer die politische Verantwortung hat, sollte sich gerade für die besonders verantwortlich fühlen, die nicht in der Spur laufen. Ich glaube, meine Generation hat einen großen Fehler gemacht: Sie hat die neue Szene in Kreuzberg toleriert in der Hoffnung, daß die jungen Leute irgendwenn älter werden - und dann genauso werden wie wir. Das war ein elementares Mißverständnis. Da bildet sich nämlich wirklich eine andere Gesellschaft heraus, mit anderen Formen des Zusammenlebens, die man tolerieren und akzeptieren muß.

Muß dabei nicht ständig mit Konflikten gerechnet werden? Und wie soll die Polizei, wie soll der Staat sich darauf einstellen, daß bestimmte Gruppen sich nicht an die Regeln halten ?

Was man immer wieder versuchen muß - obwohl es nie zu Ergebnissen führt, bei denen man sich ausruhen dürfte -, ist die Anstrengung, Feindbilder abzubauen. Der

am Bodensee gewesen sind. Die Gründe, warum er und Luiti Hornstein sich mit Eva Haule trafen, liegen ganz woanders, als in der Durchführung oder Nachbereitung des Anschlags auf Dornier.

Christian Kluth war ungefähr 2 Wochen vor seiner Verhaftung schon einmal kontrolliert worden. Er führte ein Diskussionspapier mit linksradikalen Inhalten bei sich und eine Parole, die später ganz ähnlich des Bekennerschreibern zum Anschlag auf Dornier einleitete. Christian Kluth wußte, daß über diese Parole bundesweit diskutiert wurde und daß sie bei vielen Widerstandsaktionen verwendet werden sollte: auf Flugblättern, bei Referaten auf Veranstaltungen, auf Transparenten, beim Parolensprühen und durchaus auch bei Anschlägen. Von all diesen Aktionen führte nun eine Spur zu ihm und zu allen, mit denen er diskutierte und die ihm politisch nahe standen. Die Betroffenen hatten also zu überlegen, wie sie dieser Gefahr begegnen sollten. Mußten sie in die Illegalität? Wie ist ein Leben in der Illegalität zu organisieren? Wäre der Entschluß abzutauchen ein stimmiger? Um über diese Fragen zu diskutieren, wollten chris und Luiti Eva Haule treffen, die die Bedeutung und Konsequenzen des Entschlusses für ein Leben in der Illegalität aus eigener Erfahrung kennt.

Mit all diesen Fakten ist jetzt endgültig klar, daß weder Luiti Hornstein noch die bereits rechtskräftig Verurteilten Christian Kluth, Andrea Sievering und Rico Prauss an dem Anschlag auf Dornier beteiligt noch Mitglieder der RAF waren, sondern an politischen Diskussionen teilgenommen haben.

Der Kampf, der in diesem Verfahren ausgetragen wird geht darum, ob die politische Diskussion, mit welchen Mitteln der Kapitalismus zu beseitigen ist, als "mitgliedschaftliche Betätigung in der RAF" verfolgt wird, ob diese Diskussion als "Vorbereitung von Anschlägen" bzw. als (nicht bewiesene) "Beteiligung an Anschlägen" ausgemerzt wird, oder ob die Staatsschutzbehörden die Beteiligung an einem Anschlag tatsächlich beweisen müssen, so daß die Teilnahme an einer Diskussion als wesentliches Beweismittel entfällt.

Richter Berroth schon seit dem Stammheimer Verfahren 1977 bekannt.

Das in dieser Auseinandersetzung gerade der Richter Berroth den Vorsitz des Senats innehat, ist mit Sicherheit kein Zufall. Berroth ist bekannt durch das Stammheimer Verfahren gegen Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Andreas Baader und Ulrike Meinhof und hat sich besonders hervorgetan, indem er 1977 die Kontaktsperre durchgesetzt hat.

Dieser Berroth ist übrigens auch der gleiche, der 1983 einen betrunkenen 21-jährigen lebensgefährlich verletzte, indem er ihm aus kürzester Distanz ohne Not gezielt in den Bauch schoß und seinen Tod "billigend in Kauf nahm", wie das Gericht damals feststellte.

Wer den Prozeß besucht, wird auch heute einen sich herrisch gebührenden Richter antreffen, der nicht nur meint, die gesamte Prozeßöffentlichkeit permanent disziplinieren und terrorisieren zu müssen, sondern auch nicht davor zurückschreckt Verteidigerechte zu beschneiden.

Aus all den genannten Gründen ist Luiti Hornstein sofort freizulassen und gegen die anderen Düsseldorf müssen die Verfahren neu aufgerollt werden.

Ob diese Forderungen durchzusetzen sind oder nicht, wird nicht zuletzt eine Frage der Öffentlichkeit sein. Hätte auch nur ein Bruchteil der Öffentlichkeit des Stobl-Prozesses die Prozesse gegen die Leute aus Düsseldorf verfolgt, die ergangenen Urteile wären kaum möglich gewesen.

Die nächsten Prozeßtermine sind:

Dienstag	11.06.1990	(an diesem Tag ist Andrea Sievering als Zeugin geladen)
Dienstag	19.06.1990	
Donnerstag	21.06.1990	
ab dann nur noch jeden Dienstag		
Beginn: 9.00 Uhr Stuttgart-Stammheim		

Für weitere Informationen stehen wir gerne persönlich zur Verfügung. Auch weitere Materialien wie z.B. die Aussage von Eva Haule sind über obige Adresse zu beziehen.

„Die“ Düsseldorf
Kieferstr. 15
4000 Düsseldorf

P R E S S E M I T T E I L U N G

Ingrid Strobl ist draußen doch die Gesinnungsjustiz wütet weiter

Der gleiche 3. BGH-Senat, der die Gesinnungsanteile des Strobl-Urteils zurückstutzte, hat wenig früher der BAW-Revision gegen Luiti Hornstein stattgegeben und "Lebenssachverhalte", also gerade kritisches Denken, die Teilnahme an einer bundesweiten Diskussion als ausreichende Bedingung für eine Verurteilung wegen Anschlagbeteiligung dargestellt.

Luiti Hornstein, ehemalige Kiefernstroßen-Bewohnerin, steht deshalb seit dem 8. Mai 1990 erneut in Stuttgart-Stammheim vor Gericht. Ihr wird vorgeworfen Mitglied der RAF und am Anschlag auf die Rüstungsfirma Dornier am 25.7.1986 beteiligt gewesen zu sein.

Doch die ersten Verhandlungstage haben bereits gezeigt, wie haltlos diese Vorwürfe sind:

Aussage des ermittelnden LKA-Sachbearbeiters zum Dornier Anschlag:

So wurde der für die Ermittlungen zum Dornier-Anschlag zuständige Sachbearbeiter beim LKA Baden Württemberg befragt. Nach seinen Aussagen zufolge wurden die Ermittlungen wegen Dornier bereits im April 1987 abgeschlossen, da es trotz hunderter Hinweise keine konkrete "Spur" gab. Auf die Frage hin, wann und warum denn die Akte überhaupt wieder geöffnet worden sei antwortete er: "weil es "dieses Gutachten" gab: Mit "diesem Gutachten" ist ein Schriftgutachten des berüchtigten Ockelmann gemeint, der eine Freundin von Luiti Hornstein, Andrea Sievering belastete, Briefumschläge der Täterklärungen zu Dornier beschriftet zu haben.

Dieses Gutachten ist der Dreh- und Angelpunkt mit dem die Verbindungslinie zwischen Dornier und den Leuten aus Düsseldorf gezogen wird. Mit den Ockelmann'schen Gutachten wurde die "kämpfende Einheit Düsseldorf" erst im Prozeßsaal in Stuttgart-Stammheim konstruiert.

Über die Glaubwürdigkeit der Gutachten von Ockelmann braucht ja spätestens seit der Freilassung von Rolf Hartung nicht mehr viel gesagt werden. Ein Übergutachter vom LKA Baden-Württemberg bezeichnete dieses Gutachten, daß es "methodisch fehlerhaft" und "im Ergebnis falsch" ist. Nach neun Monaten Untersuchungshaft mußte Rolf Hartung entlassen werden. Er bekam sogar Haftentschädigung.

Und doch sind 3 weitere Düsseldorfer/innen - Rico Prauss, Andrea Sievering und Christian Kluth-weiterhin inhaftiert. Und doch wird jetzt gegen Luiti Hornstein weiter wegen Dornier verhandelt.

Mit welchen Methoden in diesen Verfahren gearbeitet wird, stellte sich sehr deutlich am 4. Verhandlungstag dar. Dort war Frau Wagner, Schriftsachverständige vom BKA, geladen, die in den anderen Verfahren die erwähnten Briefumschläge als graphologisch nicht auswertbar bezeichnet hatte. Das Gericht hatte die Aussage ihres Gutachtens aber ins Gegenteil verkehrt und zu Bestätigungen der Ockelmann'schen Falschgutachten umgedeutet. Frau Wagner stellte auf Fragen klar, daß dies Urteil ihre Expertise grob fehlinterpretiere.

Also gibt es kein glaubhaftes Gutachten mehr, das auch nur einen Menschen aus der Düsseldorfer Kiefernstroße in Verbindung mit dem Dornier-Anschlag bringen könnte.

Aussage von Eva Hauke, Gefangene aus der RAF

Dies wird auch durch die Aussage von Eva Hauke, Gefangene aus der RAF, die zusammen mit Luiti Hornstein und Christian Kluth verhaftet wurde, am 29.11.1988 im Verfahren gegen Andrea Sievering und Rico Prauss bestätigt.

Dort erklärte sie, daß keine/r der wegen Teilnahme am Dornier-Angriff Angeklagten, also weder Luiti Hornstein, noch Christian Kluth, Andrea Sievering, Rico Prauss, noch Rolf Hartung an dem Angriff auf Dornier beteiligt waren. Dies sei organisatorisch gar nicht möglich gewesen und darüberhinaus wisse sie auch, wer daran beteiligt war.

Diese Aussage wurde stillschweigend übergangen, bzw. endete mit dem unglaublichen Ausspruch des damals vorsitzenden Richters Schmitt: "nennen sie mir die Namen und Frau Sievering ist sofort frei". D.h., Schmitt wußte ganz genau, daß Andrea Sievering nicht beteiligt war und forderte Verrat oder Knast.

Dies ist ein weiteres Beispiel für die Methoden der Gesinnungsjustiz und Ausdruck ihres Verurteilungswillens auf Biegen und Brechen

Aussage von Christian Kluth, bereits verurteilt wegen dem Dornier-Anschlag

Auch Christian Kluth sagte jetzt am vierten Verhandlungstag im Revisionsverfahren aus. Er sagte, daß weder er, noch Luiti Hornstein, Rico Prauss oder Andrea Sievering im fraglichen Zeitraum

Du wurdest von der spanischen Regierung nach 177 Tagen Hungerstreik umgebracht, weil sie nicht auf die berechtigten Forderungen nach einer Wiederausammenlegung eingehen wollten. Eine Forderung auf das Recht auch im Knast ein kollektives und menschenwürdiges Leben zu führen. Gegen die Politik der Vernichtung der politischen Gefangenen, basierend auf der Zerstreuung der Gefangenen in verschiedene Knäste und der Folter durch Isolationshaft. In dieser Aktion und in unseren Köpfen und Bäuchen lebst Du weiter, in gemeinsamen Kampf für ein selbstbestimmtes und kollektives Leben, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft. Wir können nicht sagen für wieviele Menschen das so ist, das läßt die momentane Situation hier im Moment nicht zu. Es müßten eigentlich aber viele sein, denn es sind die selben Forderungen für die im letzten Hungerstreik hier getrunken wurden. Auch muß klar sein, wenn eine Forderung in Spanien nach Wiederausammenlegung jetzt nicht durchgesetzt wird, dann ist die Durchsetzung der Forderungen hier erstmal auch in sehr weite Ferne gerückt. Warum also so wenig Unterstützung von hier kommt ist uns Unklar. Wir haben aus den Möglichkeiten, die wir haben, versucht etwas zu einem praktischen Internationalismus beizutragen.

Wir haben deshalb, bei einer SEAT-Vertretung in Freiburg ein paar Autos in Brand gesetzt. SEAT ist der größte Automobilhersteller in Spanien, er ist für uns damit ein Repräsentant Spaniens hier in Freiburg. Wir wünschen Euch, gefangene Kämpferinnen und Kämpfer von GRAPO und PCE/r viel Liebe und Kraft für unseren gemeinsamen Kampf. Solange die Ursachen, die zur Aufnahme bewaffneter Politik oder militanter Politik geführt haben nicht beseitigt sind, solange wird es Kampfe geben solange wird es auch Gefangene geben, und eine Linke die sich dazu verhält! Kämpferische Grube an die Kämpfenden Gefangenen hier in der BRD und natürlich weltweit, besonders, Bernd Rössner, Claudia Wannersdorfer und Günter Sonnenberg, die wegen ihrer Haftunfähigkeit raus müssen, Angelika Guder und Isabel Jakob bleiben draußen!

JOSE MANUEL SEVILLANO LEBT

7.6.90

Wir haben in der Nacht vom 7.8. Juni die Leuchtreklame der neuangesiedelten Idealversicherung in der Schönhauser Allee eingeschmissen. Wir meinen, das gewisse Leute (gebügelte Versicherungsgesprecher, schmeißige Video-

rent(n)er, süffisante Bankerisagen, Itu-vertreter, dolo-verkäufer, kurz: Kapitalisten) bei uns nichts zu suchen haben, und wir es ihnen ständig zeigen müssen. AUF DENN!!! einige prenzselbergerrinnen

Volksport Wiesbaden

MENSCHLICHES LEBEN FÄNGT DA AN, WO WIR UNS GEGEN IHRE MACHT DURCHSETZEN

NATO, KNÄSTE, BULLEN, BKA

SIND ZUM SCHUTZ DER BONZEN DA!

WIR HABEN HEUTE, 22.5., IM HERTIE EINEN BRANDSATZ HINTERLIEGT UM DIE PROPAGANDA-SHOW VON BKA, LKA UND BULLEN VORZEITIG ZU BEENDEN. TECHNISCH HABEN WIR DIE AKTION SO ORGANISIERT, DAB DER BRANDSATZ AUF JEDEN FALL NACHTS, WENN KEINE

KUNDEN IM KAUFHAUS SIND LOSGEHT.

MITTEINREIN IN DAS, WAS SIE HIER ALS LEBENSQUALITÄT VERKAUFEN, DIE KONSUMTEMPEL-fahndungsinstrumente als scheinbar harmloser verein zum schutz der bevölkerung-tärischer polizeiparastat samt seiner immer umfassenderen überwachungs- und und warenfülle aus aller welt, präsentiert sich ein hochgerüsteter, paramilitä-mittelnrein in das, was sie hier als lebensqualität verkaufen, die konsumtempe-hier als besonders originelle geschenkkidee angeboten. die propagandashow der bulien organisiert mit den herren des konsumtempels

hertie entspricht der zusammenarbeit im kapitalistischen alltag: die profitin-teressen des kapitalis und ihre absicherung und ausweitung mit hilfe der staat-lichen gewaltapparate. der zusammenhang von kapitalismus und ausbau der staat-lichen unterdrückungsapparate ist aktuell bei der einverleibung der ddr durch die bkd sichtbar. während bundesdeutsche konzern und banken die ddr als ab-satzmarkt entdeckt haben, wird gleichzeitig in rasantem tempo der bulienapparat dort mit bundesdeutscher aufstandsbekämpfungs- und überwachungstechnologie aufgerüstet. in anbetracht der massenarbeitslosigkeit, die durch die überflutung mit westwaren und der damit einhergehenden zerstörung dortiger produktio-strukturen zu erwarten ist, rechnen sie mit sozialen unruhen. was jahrzehnte-lang als propaganda im kalten krieg gegen den osten an wohlstand versprochen und vorgeführt worden ist, sog. westlicher lebensstandard, wird nur für einen teil der menschen in der ddr auf kosten der sozialen verelendung vieler zu kaufen sein. und darauf bereiten sie sich schon heute bulienstrategisch vor. dab der ex-bka-chef boye als berater in die ddr ging ist ein ausdruck davon. die vorbereitende rolle der bkd in sachen politischer aufstandsbekämpfung und überwachungsstrategie ist schon älter als die entwicklung im osten. bka für ganz europa, bka-spezialisten, bgs-bullen, gsg 9 beraten, trainieren und bilden die aufstandsstrategen in der ganzen welt aus.

in der türkei die sondertruppe gegen den kurdischen volksaufstand, bka und bgs beamte in el salvador, bkd-sicherheitstechnik für die militärs in guate-mala und südafrika... ausweitung der bkd aufstandsbekämpfung heißt auch ex-port der hier entwickelten isolationsfolter und hochsicherheitsstrakte a la stammheim gegen die erkämpften kollektive rev. gefangenen in italien, spanien, chile, peru... die revolutionären gefangenen in spanien sind seit november 89 im hungerstreik für ihre widerzusammenlegung - die in bezugnahme auf positive erfahrungen in der bkd vom spanischen staat verweigert wird. letzte woche haben sie durch ihre weigerung einen der hungerstreikenden gefangenen ermordet (offiziell noch nicht bestätigt). mit dem wissen um die eskalierte situation für alle gefangenen, unserer wut und trauer um den spanischen genossen machen wir diese aktion!

sie ist gleichzeitig ein schritt von uns im kampf um ein starkes revolutionäres kräfteverhältnis und heute mit dem konkreten ziel die bulienpropaganda-show zu blockieren.

es ist unsere erfahrung, dab wir zurdurchsetzung eigener ziele die organi-sierung des militärs angriffs gegen die machtsstrukturen brauchen. sie ist teil in der entwicklung einer revolutionären bewegung. revolutionäre bewegung heißt die entscheidung jedes/r einzelnen, egal an welchem punkt er/sie kämpft und mit welchen mitteln, wirklich um die gesamte umwälzung der gesellschaft-lichen verhältnisse zu kämpfen. wir brauchen uns in diesem prozess gegenseitig mit all den erfahrungen, ideen und praktischen umsetzungen auf den verschie-densten ebenen des kampfes

ZUSAMMEN KÄMPFEN !!!

WIEDERZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN IN SPANIEN
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDER-
STAND UND ALLER DIE DRUM KÄMPFEN
KEINE RAUMUNG BESETZTER HAUSER - HAFENSTR:BLEIBT



26

Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen!!!

Den Kampf als unseren begreifen, die Zusammenlegung durchsetzen - international.

Und in diesem Sinne:

Die Angehörigen in Spanien haben sich sehr gefreut, als sie von der Aktion gehört haben.

Trotzdem war die Aktion gelungen, auch weil viel verantwortungsvoll geredet und gehandelt wurde.

BesetzerInnen auf der Wache teilweise verwirren.

Was sonst noch fehlte war Ahnung vom DDR-Recht, dadurch liessen sich die angebracht gewesen, sowie eine bessere Vorbereitung der Pressearbeit draussen. was passiert, wenn Leute einfahren - ein Auto zum Ello-Hinterfahren wäre besser laufen können. Außerdem wurden zu wenig Gedanken darauf verwendet, während der Aktion hätte die Kommunikation draussen mit etwas mehr Vorbereitung zu sein.

Das Ziel, die Nachrichtensperre zu brechen, scheint einigermaßen gelungen zum Hungerstreik zum Thema hat.

gültigkeit", der eine Kritik am Nichtverhalten der spanischen Regierung

im Krankenhaus, und einen Kommentar mit der Überschrift "Gegen die Gleich-

GRAPD und über die Besetzung mit einem großformatigen Foto eines Gefangenen

"El País" brachte 2 Seiten Bericht: einen informativen Artikel über die

ABER... im spanischen Fernsehen wurde kurz über die Aktion berichtet und

politischem Zusammenhang mit Anschlüssen militanter Organisationen denunziert.

Die Presse resonanz war gut in Sachen Masse (5.1 FAZ, 5.2 Süddeutsche, TAZ

überregional), jedoch beschissen (wie zu erwarten...), was inhaltliche

Berichterstattung angeht. Weder das Wort "Komalösung", noch der BRD-Bezug

tauchten ein einziges Mal auf. Die Aktion wurde entweder spanischen Studenten

zugeordnet und damit die internationale Solidarität geleugnet, oder in

Satire, zum anderen haben die Vorposten genau das erfüllt, was ihnen aufgetragen

wurde, außerdem ist damit zu rechnen, daß die Personalien westlichen Behörden

zum einen gleich die Reaktion des Staatsapparates einer realsozialistischen

um 17.30 Uhr draussen im Regen, wo 10 UnterstützerInnen sie erwarteten.

Nach obligatorischen moralischen Belehrungen standen die BesetzerInnen

einzelnen per 2-Finger-Suchsystem tippten.

Das dauerte allerdings nochmal 2 Stunden, da die Bullen jedes Verhör

von vorneherein klar war, sollten die BesetzerInnen freigelassen werden.

der Personalien und Einzelverhören, bei denen die Aussageverweigerung

stand auf einmal im Raum. Es liefen kurze Verhandlungen - nach Aufnahme

worden sei, aber Thomas Krüger, mit dem eigentlich niemand gerechnet hätte,

weil noch kein Ermittlungsverfahren gegen die BesetzerInnen eingeleitet

Botschafter. Das Telefonat mit dem Rechtsanwalt wurde verweigert, angeblich

Vorsitzenden des Magistrates für Inneres in Ostberlin und dem Spanischen

BesetzerInnen nach einem Rechtsanwalt, sowie nach Thomas Krüger, dem

Als endlich der zuständige Kriminalbeamte aufkreuzte, verlangten die

Zur Besetzung der Spanischen Botschaft

WIEDERZUSAMMENLEGUNG DER SPANISCHEN GEFANGENEN JETZT

teilnehmer festgenommen, und eine Frau, die bei den Festnahmen von b. gegen ein Verkehrsschild gestossen wurde, mußte mit ein-
gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. die Festnahmen
hätten wahrscheinlich vermieden werden können, wenn der auflösungsort
der demo eindeutiger festgelegt worden wäre.
wir wollen weiterhin den kampf der gefangenen in spanien unterstützen.
die im versuch, die nachrichtensperre zu durchbrechen, gemachten
erfahrungen wollen wir dabei als ausgangspunkt nehmen.

ZUR BESETZUNG DER SPANISCHEN BOTTSCHAFT WEGEN HUNGERSTREIK VON GRAPO UND PCE
Am 8.6.90 wurde die Spanische Botschaft in Ostberlin besetzt, da Nachrichten-
agenturen und Zeitungsredaktionen aufgrund der Nachrichtensperre nicht
oder nur verzerrt über den Hungerstreik berichteten. Auch in diesem Fall zeigte
sich die Presse unwillig, korrekt aus der Presseerklärung abzuschreiben, deswe-
gen hier noch eine weitere Schilderung der Aktion.

Am Freitag morgen betraten zwölf Menschen aus verschiedenen politischen
Gruppen, als Reisegruppe getarnt, die Botschaft und das Chefbüro, und forderten
den Botschafter zu sprechen. Es half nichts, die friedliche Gesinnung und
die zeitliche Begrenztheit der Situation zu betonen: neben allgemeiner
Verwirrung und Unruhe, tückten einige männliche Botschaftsmitarbeiter völlig
aus, brüllten herum und versuchten einzelne herauszuziehen. Ein Mitarbeiter, der wohl am

liebsten zugeschlagen hätte, ging mit einem Regenschirm auf einen
Radioreporter los: Demselben wurde später auf der Strasse sein Über-
tragungskabel von Vofos durchgeschnitten, mit dem Erfolg, daß die
Botschaftsbesetzung den ganzen Tag über an erster Stelle in den Nachrichten
kam. Draussen vor der Botschaft demonstrierten ca. 60 UnterstützerInnen
mit Transparenten und Flugblättern.

Durch Zufall war es möglich, wichtigen Spanischen Stellen durch das rote
Telefon direkt über die Besetzung zu informieren. Dies führte höchstwahrschein-
lich zu einer Unterbrechung der Ministerratssitzung der spanischen Regierung.
Das "Angebot" des Botschafters war, wie dann übermittelt wurde, mit 2 Vertreter-
Innen unter Ausschuß der Öffentlichkeit und Presse zu sprechen, unter der
Bedingung, daß die restlichen BesetzerInnen die Botschaft sofort verlassen
und die UnterstützerInnen draussen sich entfernen sollten. Während der halbstün-
digen Bedenkzeit wurde von einem Botschaftsangehörigen permanent gefilmt.

Zwar waren die BesetzerInnen kompromiß-
bereit und verlangten nichtmals die Teilnahme des Botschafters an der
Pressekonzferenz, erklärten sich jedoch auch nicht bereit zu gehen,
ohne ihre Minimalforderungen erfüllt zu sehen.
Der Vermittlungs-Vofa kam nach Ablauf der halben Stunde nicht wieder, statt-
dessen kam von draussen die Nachricht, daß mehrere "Ellios" mit Bullen auf-
gefahren wurden. Den BesetzerInnen wurde klar, daß der Botschafter sich
nicht auf Verhandlungen einlassen würde, sondern sie raushaben wollte.

So war es dann auch: Räumung
Die Vofos schlepten alle BesetzerInnen 2 Stockwerke tief, manche mehr,
andere weniger brutal. Die UnterstützerInnen draussen tobten, während die
BesetzerInnen, im Hof auf den Ellio verladen wurden. Die Stimmung dort war
jedoch gut und laut, außerdem kam die Presse pünktlich zur Räumung, bzw.
erfolgte die Räumung zeitgleich zur ursprünglich geplanten Pressekonzferenz.
Hier zeigte sich auch fehlende Koordination und Entschlossenheit, sich im Fall
einer Räumung zu verhalten.

Pressestatements wurden vorgelesen, ein Arzt gab Interviews zur Komalösung.
Die BesetzerInnen trampelten im Laster und brüllten Parolen, die Leute
draussen erweckten den Eindruck, sich zu 100en vor dem Hoftor zu drängen.
Die UnterstützerInnen versuchten den Laster zu blockieren, hielten ihn
auch kurze Zeit auf, wurden dann aber von den Bullen abgedrängt.
Der Ellio raste unter Mißachtung jeglicher Verkehrsregeln durch die
Hauptstadt, so daß die Geräumten Gelegenheit hatten, ihre restlichen Presseerklä-
rungen durch die Ritzen des Ellios in den Straßen zu verteilen. Die ehemaligen
BesetzerInnen wurden der Wache des Missionsschutzkommandos in Pankow "zugeführt",
um dann lange warten zu dürfen.

die spanischen Gefangenen aus pce(r) und grapo sind seit über 180 Tagen im Hungerstreik. Der Genosse José Manuel Seviliano Martín, ein Gefangener der Grapo, wurde am 24.5. von der spanischen Regierung ermordet, die anderen Hungerstreikenden befinden sich auf Grund der harten Haltung der spanischen Regierung, die Forderung nach Wiederausammenlegung nicht zu erfüllen, in akuter Lebensgefahr. Darüberhinaus existiert westeuropaweit eine fast totale Nachrichtenensperre über die Forderungen und den Zustand der Hungerstreikenden.

orientiert auf den Tag x, den Todestag des ersten Gefangenen, gab es am Mittwoch, dem 16.5., nach der später dementierten Meldung vom Tod des Gefangenen José Martín, nach einer VV eine Spontandemo in der Innenstadt mit ca. 200 Leuten. Mit lauten Parolen störten wir, begleitet von schätzungsweise einer Hundertschaft b., das kommerzielle und touristische Treiben auf dem Kudamm. Die b. drängten uns nach einigen Runden von der Straße auf den Gehweg, wo sich die Demo später ohne Festnahmen auflöste.

am folgenden Wochenende überlegten einige Menschen aus Knast-, Frauen- und internationalismus-gruppen auf einem Plenum, mit welchen Aktionen an den folgenden Tagen gegen die Nachrichtenensperre und damit für die Möglichkeit einer breiteren Solidarisierung mit den Hungerstreikenden begonnen werden kann.

In der Woche vom 21.-26.5. organisierten wir deshalb täglich um 18 Uhr Kundgebungen am Breitscheidplatz/Kudamm. Mit Redebeträgen, Parolen, transparenten und Flugblättern durchbrachen wir punktuell die über den Hungerstreik in Spanien verhängte Nachrichtenensperre. Zudem gab es zum Kundgebungsort die Überlegungen, spontan die nicht weit entfernte liegende Presseagentur dpa oder das Büro der europäischen Kommission zu besuchen.

die Kundgebungen waren für uns auch ein Ausgangspunkt, unsere Präsenz weiterzuentwickeln, d.h. konkret zu überlegen, wen wir wie und wo ansprechen, informieren und zur Solidarität aufrufen wollen. Wichtig hierfür ist jedoch eine eigene Position zu Knast, vermittelt über unseren Alltag hier und die entwickelt sich über kontinuierliche Arbeit, die die Repression, die Ausgrenzungsstrategien gegen uns ins Verhältnis setzt zur Knastsituation.

nach der definitiven Meldung vom Tod des Gefangenen José Martín am Freitag, dem 25.5., wurde statt der täglichen Kundgebung wieder eine Tag-x-vv einberufen.

Wir hatten keine Lust mehr, erneut auf die Straße zu rennen, und unsere Wut über den Tod eines Gefangenen, der sich konsequent zur Wehr gesetzt hat und der auch wegen jahrelangem nichtverh alten eines großen Teils der Linken in Westeuropa zum westeuropäischen Knastsystem ermordet werden konnte, loszuwerden - keine Lust mehr, die toten aus dem Widerstand zu konsumieren und in perspektivlosen Aktionen uns unsere eigene Hilflosigkeit vor Augen zu führen.

als Kompromiß zwischen uns und der Tag-x-Fraktion, die für eine Spontan-Kundgebung vor der spanischen Botschaft in DDR-Berlin beschloss: Freitag Nacht eintrat, wurde ein "3-Tages-Plan" beschlossen: am Sonntag auf dem Breitscheidplatz - sonabend Kundgebung - Kundgebung am Sonntag vor der spanischen Botschaft in DDR-Berlin. Letztere Aktion kam, da von der Tag-x-Fraktion nicht vorbereitet, auch nicht zustande. auf der Kundgebung am sonabend auf dem Breitscheidplatz beteiligten sich, wie am Vorabend auf der mobilisierungsdemo, ebenfalls ca. 200 Leute. Wegen der dort gleichzeitig im Rahmen des katholiktages stattfindenden Volksbegeisterung erregten wir eine recht große Aufmerksamkeit. eine anschließende Spontandemo auf dem Kudamm wurde beidseitig von hundert von Menschen gesäumt, deshalb hielten sich die anwesenden b. zurück. nach dem Ende der Demo wurden jedoch drei

Was ich beim Kongreß der Radikalen Linken erlebt habe

Am Pfingstwochenende fand für drei lange Tage der seit Monaten angekündigte Kongreß der Radikalen Linken statt. Die öffentlichen Diskussionen dazu sind zwar in so gut wie allen lokalen Zusammenhängen im Bundesgebiet, als auch in West-Berlin schon lange eingeschlafen, aber das Programm dieses Kongresses versprach allerbeste Unterhaltung: In acht Podiumsrunden sollten lauter berühmte Genossen, (GenossInnen waren weniger angesagt!) anfangen vom DKP-Professor Füllbert über die beiden Ex-Grünen Ebermann und Trampert, dem Konkret-Chef Gremliza über die Alt-Trotzkisten Moneta und Wolf, dem Journalisten Detlef zum Winkel bis hin zum Autonomia-Theoretiker Carlo Roth dem Fußvolk sagen wo's denn nun längs gehen soll. (Oh, fast hätte ich's vergessen: Wie immer saßen auch ein paar KB'ler mit auf den einzelnen Podien, die sich jedoch mit anderen Funktionsbezeichnungen getarnt hatten. Ihre Namen darf ich nicht verraten, weil ich sonst dem Klassenfeind in die Hände arbeiten würde.) Nach Meinung dieser führenden Männer der Radikalen Linken ist es aus vielen Gründen notwendig fortan gemeinsam zu handeln, weil sich die Grünen so angepaßt haben, die richtigen radikalen Linken isoliert sind, der Kapitalismus immer noch zu jeder Schandtat bereit ist und überhaupt in Osteuropa nix mehr so ist wie es einmal war. Ihrer Meinung nach sollten auch Autonome bei ihrem Vorhaben nicht abseits stehen und einfach mitmachen. Und obwohl sich so gut wie alle autonomen Gruppen mit guten Gründen aus den konkreten Vorbereitungen abgeseilt hatten, war in der Programmankündigung zu lesen, daß Ingrid Strobl kommen sollte und man sich sehr über Lupus aus Frankfurt freuen würde. Darüber hinaus wurde noch im Vorfeld ein "berühmter" autonomer Genosse aus der Hansestadt Hamburg beschwätzt, ob er denn nicht vom Podium herab ein paar kluge Worte an die unter ihm sitzenden BesucherInnen dieses Kongresses richten wolle. Wahrscheinlich haben sich da ein paar Kongreß- und Podiumserfahrene marxisten-leninisten Hirne gedacht, daß es vielleicht doch bei den Autonomen irgendwie führende Politika-

dergeben müßte. Schließlich sei dies doch noch allemal die 'effektivste' Politikform. Doch keiner der "berühmten Autonomen" wollte repräsentativ neben allen anderen 'radikalen Linken' auf dem Podium sitzen, so daß bei den geneigten BesucherInnen des Kongresses nur wieder das Rätselraten darüber blieb, warum sich die Autonomen nicht durch ihre führende Köpfe - die sie nicht besitzen - vertreten lassen.

In einem gnadenlosen Betonbau der Kölner Universität aus der unseligen sozialliberalen Reformphase drängten sich bei außerordentlich schlechten Luftverhältnissen schließlich 1500 TeilnehmerInnen an diesem Kongreß. Das Publikum war bunt gemischt und reichte von Antiimperialisten, vereinzelt Autonomen, ML-Gruppierungen aller Schattierungen (sprich es gab dicke, dünne, lange und kurze ML-Gruppen) über einen Teil von Feministinnen (der andere Teil der feministischen Bewegung hatte sich ähnlich wie viele Autonome vom Kongreß distanziert und war gar nicht erst gekommen) 'n paar Leute aus der Anti-AKW und Internationalismus-Bewegung. Links-, Ex- und Immergrüne, einem DKP-Vorstandmitglied und 'ne Reihe von Prominenten, deren Namen wir alle aus der Funk- und Fernsehwerbung kennen.

Vor dem Veranstaltungssaal bauten sich die verschiedenen Buchstände von verschiedenen Gruppen hauptsächlich aus der ML-Bewegung auf. Ich war echt erstaunt darüber, wieviele "führende Parteien des Proletariats" noch existieren. Sie können es wahrscheinlich an Mitgliederstärke mit jeder autonomen Kleingruppe aus unserer Szene locker aufnehmen. Am meisten beeindruckt hat mich die MLPD, die an ihren Stand um "Unterschriften für den aktiven Widerstand" gegen irgendwas geworben hat. (Das ist wirklich nicht gelogen!) Ich hatte aber nicht den Mut zu unterschreiben, da ich mir so'n aktiven Widerstand noch nicht zutraue.

Der Ablauf der acht Podiumsrunden von Freitag bis Sonntag ist schnell erzählt: Zwar war im Vorfeld immer wieder von den Organisatoren betont worden, daß man ein großes Interesse daran habe, von den Podiumsrunden schnell in die Diskussion mit dem Publikum über zu gehen. Die Podiumsreferenten schienen sich jedoch mit einer durchschnittlichen Länge von über 30 Minuten bei ihren Beiträgen eher dafür entschieden zu

haben, das Publikum lieber nicht zu Wort kommen zu lassen. Bei ein paar Referaten bin ich dann auch sehr müde geworden, obwohl ich das was gesagt wurde eigentlich alles bis zum Einschlafen ganz richtig fand. An großen Gesten hat's aber sowohl in den Referaten als auch in den danach folgenden Statements von "Diskussionsrednern" jedenfalls nie gemangelt: Da wurde wahlweise mit klugen Argumentationsketten der gesamte Antifaschismusbegriff auf den Müllhaufen der Geschichte befördert, weil sich ihn die bürgerlichen Demokraten unter den Nagel gerissen hätten, wohingegen andere mit noch klügeren Argumenten einwandten, daß er sich bislang ja als ganz nützlich erwiesen habe. Es ginge lediglich darum ihn so um dies und das zu erweitern. Das rief wiederherum einen anderen 'Diskussionsredner' auf den Plan, der bemerkte, daß die radikale Linke kein Recht habe eine Antifaschismusdiskussion zu führen, bevor sie nicht eine klare Position zum Holocaust entwickelt habe. Jedenfalls unterstützten die allermeisten "Diskussionsredner" aus dem Publikum die intellektuellen Podiumsvorgaben dadurch, indem sie zu den von dort aufgeworfenen allseits als wichtig empfundenen - nach wie ungelösten Fragen - einfach und unbefangen neue noch wichtigere - zu lösende - Fragen hinzuaddierte. Und so wurde dann vehement eingefordert noch mal den ganzen Marxismus wahlweise vom Beginn des 19. Jahrhunderts; seit der II. Internationale; seit der Oktoberrevolution; seit dem zweiten Weltkrieg; seit der Spaltung zwischen der Sowjet-KP und Chinesischen KP im Jahre 1956 und last but not least in den letzten 20 Jahren aufzuarbeiten. Zwischendurch wurden die ungelösten Fragen des Marxismus mit den noch ungelösteren Fragen der Ökologie und feministischen Theorie verquirlt - weil das auch wichtig sei, wie es immer wieder betont wurde. Dummerweise sprachen so gut wie alle Kongreßredner immer davon, was "die radikale Linke" alles tun solle, ohne dabei einmal von sich selber zu sprechen. Es wurde peinlich vermieden einmal anzugeben, inwieweit man oder frau sich mit welchen Erfolg und welchen Erfahrungen in der politischen Praxis schon einmal in den eingeklagten Fragestellungen bewegt hatte, gemeint waren eigentlich immer die anderen. Und so beschlich mich manchmal der Wunsch die nächsten 20 Jahre in dutzenden von Universi-

tätseminaren zu verbringen, um diese brennenden Fragen wirklich alle einmal einer Lösung zuzuführen. Es ist schon ein wenig deprimierend auf einem Kongreß von klugen Rednern vorgeführt zu bekommen, wie wenig Ahnung man von den 'wirklichen' Fragestellungen hat. Doch kurz bevor ich mich bereits damit abzufinden begann meine Existenz als dummer Linksradikaler weiter zu fristen, sorgte die Trotzistencombo 'Linkswende' ein bißchen für Aufregung: Sie findet die Wiedervereinigung gut und hat die Arbeiterklasse lieb. Sie schaffte es ein paar mal alle KongreßbesucherInnen mit unbefangendusseligen Bemerkungen zu ärgern, was ein bißchen Leben in den Betonbau brachte.

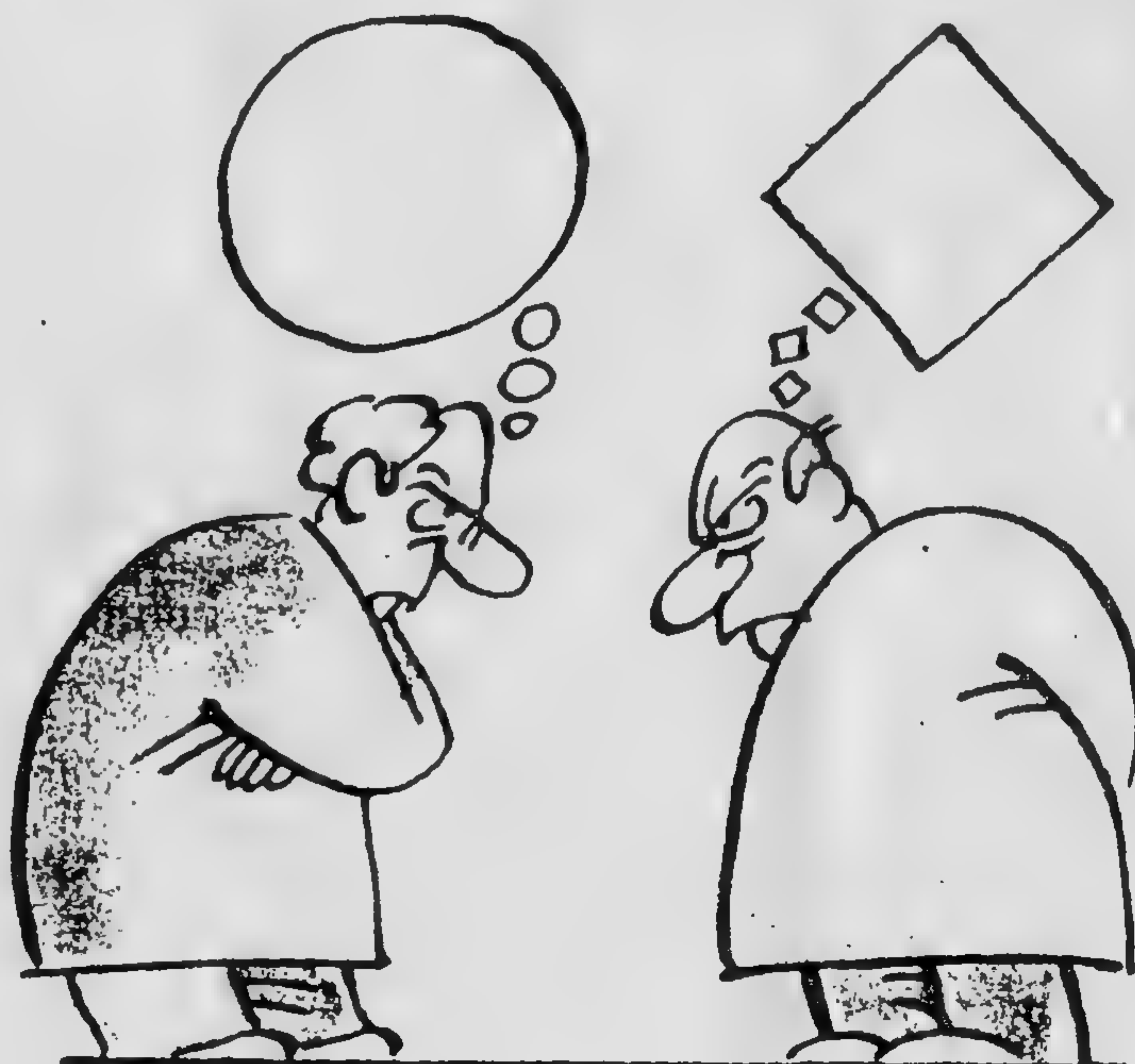
Eine Podiumsrunde zum zukünftigen "Antiimperialismus" fiel aus. Die Männer der radikalen Linken wollten dafür noch auf die schnelle 'ne Frau finden, die ihnen was zum weltweiten Patriarchat als "Strukturelement im Imperialismus" erzählt. Die drei Tage vor dem Kongreß angesprochenen "Expertinnen" hatten jedoch keine Lust darauf. Sie hatten das seltsame Gefühl, daß es den radikalen linken Männern eigentlich nur darum gehe, sich mit ihren Namen und Themen zu schmücken, ohne wirklich darüber eine eigenständige Auseinandersetzung zu führen. Als Mann, der gerade jetzt diese Zeilen schreibt, muß ich sagen, daß mit den meisten anderen Männern total einig darin bin, daß der Feminismus in allen unseren Diskussion "irgendwie wichtig ist". Dummerweise wollen die Frauen nur nicht so, wie es sich Männer aus der radikalen Linken gerne vorstellen. Das Verhalten der feministischen Frauen wurde von den Kongreßinitiatoren ganz bestimmt "komisch" gefunden.

Am besten gefallen hat mir das letzte Podium vom Sonntag. Da saßen Thomas Ebermann, Carlo Roth und eine feministische Frau drauf. Nachdem die feministische Frau das Verhalten der beiden und und das von allen anderen Männern auf dem Kongreß total kritisiert hatte, ging's einfach weiter in den Vorträgen. Carlo Roth hat mit schönen und eindrucksvollen Worten davon erzählt, wie bedeutsam er die abendliche Kulturveranstaltung am Sonnabend gefunden hat. Dadurch hätte er wieder Hoffnung bekommen. Ich hab' diese Kulturveranstaltung selber zwar nicht mitbekommen, hatte aber nach diesen einleitenden Worten das

Gefühl, daß es wichtig sei jetzt hier in diesem Raum zu sitzen. Danach erzählte uns Carlo davon, daß die Zerschlagung der Pariser Commune 1871 die Voraussetzung dafür war, um diesen bescheuerten deutschen Nationalstaat zu gründen, und das uns diese Bedeutung noch überhaupt nicht klar sei. Nachdem sich dieser geschichtsmächtige Pulverdampf wieder aus dem Raum verflüchtigt hatte, meinte Carlo, daß das mit dem Osten jetzt alles eine "epochale Wende" sei. Vor ein paar Wochen hätte es in Leipzig ein "Geheimtreffen" der Bosse der deutschen Großbanken gegeben, und die wollten wirklich nix gutes für die DDR tun. Ich hab' mich da zwar für einen kurzen Moment gefragt, woher denn ausgerechnet Carlo von dem "Geheimtreffen" der Bankerbosse wußte, weil die Funktion von "Geheimtreffen" eigentlich doch darin besteht, daß sie ja gerade nicht von der 'radikalen Linken' mitbekommen werden sollen, aber als Carlo im weiteren Fortgang seiner Rede diesen Bankertypen wirklich alle möglichen finsternen Pläne für die DDR unterstellte, kam ich mir mit meinen Zweifel mittendrin in "epochalen Wendungen" irgendwie kleinkariert vor. Es sind große Zeiten, in denen mächtige zu allem entschlossene Kapitalisten/Imperialisten/Spekulanten mit großen geheimen Plänen und gemeinen Verschwörungen gegen die Bevölkerung in der DDR agieren. Wer wagt es da noch sich als 'radikaler Linker' von Detailfragen aufhalten lassen (z.B. der, ob es nicht z.B. sein könnte daß von diesem "Geheimtreffen" der Bankerbosse vielleicht zuvor in ihrer einschlägigen Presse (FAZ oder Handelsblatt) berichtet worden ist)? Wer will's Carlo verdenken, daß er in diesen großen Zeiten wenig Lust auf

die Banalität der politischen und sozialen Realität hat, und große Strategien der Schweine zusammennagelt, denen doch gerade eine wirkliche radikale Linke noch größere Widerstandsstrategien entgegen zu stellen hätte, oder etwa nicht? Deswegen erzählte er wohl auch danach davon, daß es notwendig sei, irgendwas "militant" gegen diesen ganzen Anektionsscheiß zu machen, das müßte aber ganz schnell gehen und nach Möglichkeit mit ganz vielen Menschen. Viel Zeit habe man aber dafür, um seine eigene politische Geschichte und die dabei gemachten Fehler

aufzuarbeiten. Dabei sei die Geschichte und die Tragödie der bewaffneten Gruppen ein untrennbarer Bestandteil der radikalen Linken, die aufgearbeitet werden müsse, um daraus zu lernen. Angesichts der sich in unmittelbarer Zukunft abzeichnenden Entwicklungen könne es sein, daß man noch sehr schnell auf diese Erfahrungen zurückgreifen müssen. Für diesen Gedanken hat Carlo vom Publikum viel Beifall bekommen, obwohl ich mir von den meisten, die da geklatscht haben, noch nicht mal hab' vorstellen können, ob sie wissen wie eine Zwillie funktioniert. Dann hat er noch davon erzählt, daß er den "Initiativkreis Hafenstraße" ganz prima findet, weil er dort so viele Genossen von früher getroffen hat, mit denen er sich so lange nicht vertragen hat. Sowas wie der Initiativkreis könne doch auch die "lockere Bündnisstruktur" der radikalen Linken in der Zukunft sein, meinte er abschließend. Danach hat Thomas Ebermann geredet. Das meiste was er gesagt hat habe ich aber wieder vergessen. Dabei habe ich mir die ganze Zeit gewünscht, daß er vielleicht noch'n büschen länger redet, weil er dabei so viele lustige Sachen



erzählt. Mir fällt aber noch ein ein, daß er gesagt hat, daß Carlo Roth mit seiner Kritik an seiner Grünenpolitik irgendwann in den 80er Jahren recht gehabt habe, obwohl auch dessen Zeitung "Autonomie" pleite gegangen sei. Da haben sich beide auf dem Podium angeguckt und sehr gelacht. Ich glaube, daß die beiden jetzt Freunde sind.

Am Schluß von dem Kongreß haben die radikalen Linken radikale Politik gemacht. Dafür haben sie ein paar Resolutionen geschrieben, die von allen beklatscht werden sollten. In der ersten Resolution wurden die AL-Parlamentsabgeordneten im Rathaus Schönberg angebettelt, nicht die neuen Ausländerinnengesetze zu verabschieden, weil die schlimm seien. Mit der zweiten Resolution wollten die radikale Linke sagen, daß sie die Beschlagnahme des SED-PDS Vermögens in der DDR durch einen Volkskammerbeschluß nicht so gut findet, weil damit die parlamentarische Demokratie in der DDR ihr wahres Gesicht enthüllt habe. Ein paar Linksgrüne versuchten noch mit Änderungsanträgen und Geschäftsordnungstricks herumzurangeln. Das nützte ihnen aber nix und so

wurde auch diese Resolution entschlossen verabschiedet. Sie hat mir deshalb so gut gefallen, weil ich vorher nicht gewußt hab', daß eine parlamentarische Demokratie so undemokratisch ist. Ein einfacher Genosse hat danach noch versucht eine Resolution gegen das Ozonloch abstimmen zu lassen, weil das immer größer würde und man da endlich was als radikaler Linker - von wegen Ökologie und so - tun müßte. Aber dazu hatten die anderen radikalen Linken keine Lust mehr, so daß es zu keiner Resolution mehr kam. Kein Wunder, wenn jetzt das Ozonloch noch größer wird.

Bei alledem haben die Männer und Genossen vom Kommunistischen Bund während des gesamten Kongresses nicht erzählt daß sie derzeit alles daran setzen endlich eine West-PDS zu gründen. Detlef zum Winkel reist ja nun schon geraume Zeit als persönlicher Referent von Gysi durch die Lande herum. Bin ich ja mal echt gespannt darauf, ob es der KB hinbekommt, die nächste Partei zu unterwandern. Die große Mehrheit auf diesem Kongreß hält derzeit jedenfalls nicht allzuviel von einer Partei. Und angesichts der Tatsache, daß die Schweine der SED-PDS nun auch noch die ganze Kohle weggenommen haben, sollte es sich der KB lieber noch mal überlegen ... Ach' bevor ich's vergeß: Die radikalen Linken wollen wieder demonstrieren

UND WÜRBER HABT IHR EUCH SO
IN LETZTER ZEIT ENTRÜSTET?



gehen. Wenn nicht alles täuscht, wollen sie uns am 9. November hier in West-Berlin besuchen. Inhalte der Demo sollen sein: Nationalismus, Chauvinismus, Faschismus, Sexismus, Rassismus (alles dagegen, natürlich!) weil es wichtig ist und überhaupt. Wer die Demo konkret in Berlin organisieren soll, haben die radikalen Linken aber lieber noch nicht gesagt. Vielleicht macht's ja wieder Siggie Fries von ihrem Bundestagsbüro in Bonn aus, obwohl das ganz bestimmt ziemlich teuer werden wird, sie von West-Berlin aus immer dort anrufen zu sollen. Naja, vielleicht zahlt's ja Netzwerk ...

Ein kurzer Nachspann: Das Projekt der 'Radikalen Linken' bleibt nach wie ein abgehobener Politflip, den sich ein paar prominente Hamburger Linke "ausgedacht" haben. Die von diesem Kreis praktizierten Politik- und Kommunikationsformen muten an

längst überwunden geglaubte patriarchalischste APO-Redner-Zeiten an. Diese Formen sind Teil des Problems und nicht Teil der Perspektive für eine radikale und revolutionäre Linke in der Metropole Großdeutschland. Gegenüber der faktischen Abgehobenheit dieser 'Idee' von den tatsächlichen Verhältnissen, entspricht die nicht gerade üppige soziale Verankerung von Autonomen der eines mindestens 50 Jahre alten Kastanienbaums. Da sich die Radikale Linke nicht darauf beschränken will ein teheorieschwerer Debattierzirkel von Politikadern ohne Fußvolk zu bleiben, besteht die einzige Chance dieses Projektes in der Einbindung autonomer Basisstrukturen, wie sie in der feministischen und autonomen Bewegung existieren. Diese Strukturen wären derzeit allein in der Lage einen sozialen Raum dieses Projektes in der Gesellschaft zu besetzen.

Die dabei jedoch von Roth angesprochenen radikalen Linken-Perspektiven einer "lockeren Bündnisstruktur" analog zum Initiativkreis Hafenstraße ist zumindestens was die bisherigen politischen Erfahrungen in West-Berlin angeht für diese Stadt illusorisch. Trotz aller weiteren notwendigen Distanz zu diesem Kreis, stellt das enorme Orientierungsbedürfnis von 1500 TeilnehmerInnen dieses Kongresses auch an Autonome als ein Teil der radikalen Linken, der sich glücklicherweise von niemanden vertreten läßt, die Frage nach den Formen und Inhalten von weiteren gemeinsamen politischen Perspektiven über die Grenzen des Szene-Horizonts hinweg ...

Timmy Saborowski

Mit Fußball
hat das wirklich
nicht mehr viel
zu tun!!

Die spielen ja auch
Hockey...



Redebeitrag von FANTIFA Frauen auf dem Kongress der Radikalen Linken

Ursel Döhmann
(fantifa Bonn)

Die Kraft der Negation gegen die Kraft der Negation ohne Feminismus

Wie entsteht gemeinsame Politik von Frauen und Männern? Ich stelle mir das in etwa so vor:

Er streut Zucker in ihren Polotank, spricht ihr Hilfslosigkeit zu, schlachtet sodann ihr Auto aus und bietet ihr als Hilfe den Notsitz im eigenen an. Da sein Gefährt nicht anspringt, braucht er die Gefährtin zum Schieben, und so fahren sie in Zukunft gemeinsam dahin, wo er will.

Drei Männer: Ebermann, Fülberth und Gremliza, diagnostizieren bei der gesamten „BRD-Linken“ „Hilfslosigkeit gegenüber dem Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus“, und drei helfende Männerhände schreiben ein „Papier“ voll, mit dem sich alle AntifaschistInnen ein halbes Jahr lang befassen sollen, damit sie zum Kongreßtermin reif sind, den „Kreis „Radikale Linke““ zu einer Bewegung anzuschließen. Also: 'raus aus dem antifaschistischen Lager und 'ran an die RL!

Das Thema „Antifaschismus“ wird deswegen auf dem Kongreß „radikal“ in Frage gestellt: „Antifaschismus heute?“, und die RL-Programmatik wird gleich mitgeliefert: „Gegen den Konsens der Demokraten.“ Dazwischen streut mann ein paar Reizwörter für politische Neulinge: gegen „Rassismus, Sexismus, Neoeugenik“. Operation gelungen, Patient totgeschrieben, Antifaschismus ade! Nachzulesen in „Konkret“, Ausgabe Dezember 1989, Autoren siehe oben („Rechts ist die deutsche Mitte“, S. 20ff. und – passagenweise wortgleich – als „Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis „Radikale Linke““, Ausgabe November 1989: „Wir wollen die Kraft der Negation sein“, S. 41ff.). Dort denken sich die RL-Publizisten unter dem Stichwort „BRD-Linke“ zunächst einen groben Klotz aus, damit der grobe Keil, den sie darauf setzen, angemessen erscheint: Der Klotz: „staatslinke Opposition“; einerseits ausgemacht als Gewerkschaften und VVN, ausgebuht an einem 10-Zeilen-Zitat von Stöß, andererseits als ein paar dem Antifaschismus hinterheressayistische „Citoyens“. Zwei verstaubte Parolen, an denen sich die Kritik abfädelt, kommen dazu: „Wehret den Anfängen“ und „Gemeinsam gegen rechts“.

Weil Antifaschismus nur als Blätterrauschen der Parteien- und Organisationspublizistik samt journalistischem Anhang wahrgenommen wird, kann mann es sich mit diesem Material aus 2. bis Hinterhand leicht machen, die

These von der Hilfslosigkeit der „BRD-Linken“ aufzustellen: Die einen drängeln sich unter die Gemeinsamkeit der staatstragenden SPD-Gewerkschaft-Grüne-Demokraten und geben dafür jede radikal-linke Position auf, eine Kritik übrigens, die in der Antifa-Szene schon bis zum Überdruß durchgekauft ist.

Trotzdem eine Anmerkung dazu: Antifaschistische Initiativen sind – muß es noch einmal erwähnt werden? – keine Parteien und von Parteien nicht vereinnahmt. Zwar wäre beinahe einmal ein solcher mafioser rot-grüner Anschlag von Bremen 1989 bis Frankfurt 1990 gelungen, zwar versucht das immer mal wieder dieser oder jener kleine Funktionär, aber linker Antifaschismus ist da widerspenstig. Antifa-Initiativen sind regional weit stärker vom individuellen politischen Prozeß, in dem ihre Mitglieder stecken, geprägt, als von offiziellen Antifa-Strategie-Papieren; überregional sind sie weit zuverlässiger durch informelle Kontakte und Treffs miteinander verbunden als durch Kreis-, Landes- oder gar Bundesebenen von Organisationen. Wenn in Antifa-Initiativen Leute mit diversen Parteibüchern oder christlich angehauchte SchülerInnen auftauchen, sollen die dann 'rausgeworfen werden, weil sie den Schritt, aus der SPD auszutreten, zu dem Gremliza mehr Jahre brauchte, als sie alt sind, (noch) nicht getan haben? Wie, in welchen „Kreisen“, mit welchen Menschen zusammen, an welcher politischen Praxis soll denn heute jemand den in Familien-, Schul- und sonstwo Mief angesammelten „Müll im Kopf“ loswerden, wenn Antifa-Initiativen nur noch mit abgestandenen Radikallinken verkehren wollten? Mit welcher Berechtigung sollte das SPD/Grünen-Mitglied mit „der SPD/Grünen-Politik“ gleichgesetzt werden? Wer so anmaßend ist, andere auszugrenzen, weil sie nicht bis zum eigenen als einzig links definierten Standpunkt vorgedrungen sind, verdrängt entweder die eigenen verschlungenen Pfade zur Linken oder hat sie noch nicht angetreten.

Die anderen bekämpfen, nach Ebermann, Fülberth und Gremliza, unter dem Stichwort „autonomer Wanderrirkus“ u. ä. den radikalen Antifaschismus, weil sie als Schmarotzer überhaupt kein Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen haben. Wie wahr! (Das haben wir übrigens auch schon vorher gewußt!)

Doch all diese Kritik trifft nicht den linken, den aktiven Antifaschismus. Der nämlich setzt schon immer praktisch um, was von der RL als neues Konzept ausgegeben wird, der weiß, ohne daß er dazu als Schneiderlein mit der Fliegenklatsche auftreten müßte: Wer den Reps „aufs Maul hauen will, darf nicht an Ruhe, Lafontaine, Lambsdorff und Weizsäcker vorbeiziele“ (S. 25).

Angenommen, dieser Satz ist nicht bloß Taktik zur Profilierung der RL als die neue Nicht-Partei mit Parteiprogramm oder als Anbiederung an die autonome Szenen,

angenommen, er soll nicht den Schlußstrich unter die antifaschistische Bewegung ziehen, weil die RL deren Leute als Zugpferde und Arbeitstiere für ihre eigene Bewegung braucht, und angenommen, er erweist sich nicht als Ausdruck männlicher Wahnsinns-Borniertheit, sich als *die* wahre Linke zu verstehen (nur das nicht schon wieder!), das alles mal angenommen — so schwer es auch fallen mag, dann bleibt von diesem Satz nichts anderes als die simple Aussage, daß Antifaschismus eine antikapitalistisch/antimperialistisch begründete, auf Egalität bestehende Politik ist. Ein guter alter Hut, der sich im alltäglichen Tragen bewähren muß, statt blankgeputzt als Ausstellungsstück auf einer RL-Programmplattform zu glänzen.

Die drei Verfasser des Papiers wollen oder können in den Dechungen der Bewegungen, Initiativen und innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht vordringen, wie am Fehlen der eigentlich erst interessanten Umsetzungen ihres großen Wurfs wider den staatstragenden Rest der BRD erkennbar ist. Es ist ein echtes, typisches Strategie-Papier, in dem als Akteure ein paar zitierte PublizistInnen erscheinen und ansonsten Organisationen, Parteien, Organisationen, Parteien, allesamt, bis auf die Grünen (wegen ihrer paar versprengten Linken), je auf eine einzige Linie gebracht. Ob man Strategie-spiele in der „Schule der Nation“ lernt? In feministischen Kreisen haben solche Abheber den Wert von Klopapier. Denn es kommen in solchen Papieren keine Menschen vor, geschweige denn Frauen, wohl aber, als strategisches Element, „die Frauenbewegung“ und „die Frauen“. Wie mögen wohl die Diskussionen des „Kreises „Radikale Linke““ verlaufen sein, wer mag wohl in der „zehnköpfigen Redaktionsgruppe“ den Ton angegeben haben, daß dem Resultat, dem „Entwurf einer politischen Grundlage“ der RL, eine behauptete Anwesenheit oder gar Beteiligung „linker Feministinnen“ nicht anzumerken ist?

Dieser Entwurf ist ein Musterbeispiel dafür, was Feministinnen skeptisch macht; praktisch, daß er es gleich mitformuliert: „daß auch die (meisten, U.D.) Linken männerbündische Politik betreiben und sich den Inhalten der Frauenbewegung gegenüber Unwissenheit und Nichtachtung erlauben. Feministische Erkenntnisse und Forderungen wurden (werden!, U.D.), wenn überhaupt, linker Politik meist nur aus machttaktischen Erwägungen hinzudaddiert und auf minder wichtige Plätze verwiesen.“ („Konkret“ 11/89, S. 42.)

Als politische Zielvorgabe zur Einarbeitung feministischer Positionen schreibt das Team: „Es wird Zeit, daß eine radikale Linke den Geschlechterkonflikt nicht länger durch die Klassenfrage zu verdecken versucht, sondern die Dialektik zwischen beidem als zentrale Fragestellung begreifen lernt.“ (S. 42.)

Das war schon Anno dazumal Kongreßthema des IMSF, mit dem es bei den meisten anwesenden Frauen baden ging, denn die sahen sich gerade durch diese Fragestellung zur marxismustheoretischen Manöviernmasse gemacht. Wirklich, diese Fragestellung ist Schnee von gestern, der an der Erkenntnis der Feministinnen gesmolzen ist, daß es nicht reicht, das ganze große marxistische Theoriegebäude um den Aspekt Patriarchat zu ergänzen und „dialektisch“ mit ihm zu verquirlen. Vielmehr steht hier nach wie vor der Entwurf einer *neuen* Gesellschaftstheorie an.

Auch die feministische Diskussion um den miesen Begriff „Gleichberechtigung“ (mit seinem passivischen Modus, der Frauen als Rechts-Empfängerinnen definiert, und mit seinem diffusen Inhalt, der eine Angleichung an Männerverhalten und -verhältnisse zu denken erlaubt) ist am Kreis RL vorbeigegangen, was die Formulierung einer überaus bornierten Mahnung an „die Frauenbewegung“ zur Folge hat: Die ganze Quotierungsangelegenheit „verliert seine emanzipatorische Kraft und verkommt zur Förderung bürgerlicher Karrieren, wenn es den Frauen dabei nur um ‚Plätzchen an der Sonne‘ als Teilhabe an geltenden Ausbeutungs- und Machtstrukturen geht“. Den Frauen! Das ist Sexismus, ihr „linken“ Männer! Ein *Plätzchen*! Das ebenfalls! (Dem Frauchen ein Plätzchen!)

Die bemüht hie und da eingestreuten „Frauenthemen“ können nicht ver-schleiern, daß dieser Entwurf feminismusfrei ist. Wahrscheinlich liegt es daran, daß die Programmatik der RL letztlich doch nur Parteienpolitik ist. Eine solche Politik kommt vom Ansatz her ohne Feminismus aus und wird wohl auch, sollte es dabei bleiben, ohne Feministinnen auszukommen haben.

Zurück zum E.F.G.-Antifa-Papier.

Sie haben es sich mit dem Rekurs auf die Parole „Wehret den Anfängen“ leicht gemacht. Wer sich die faschistischen Kontinuitäten in der BRD bloß vorstellt (um sie zu kennen, fehlt bis heute das umfassende Wissen), kann bei dieser Parole nur mit dem Kopf schütteln. Sie transportiert die falsche Vorstellung, daß mit dem Ende der faschistischen Herrschaft das Ende der FaschistInnen in herrschenden Positionen und die Zerschlagung faschistischer Zirkel einhergegangen sei.

Die drei Autoren zielen mit ihrer Kritik an der Parole jedoch auf etwas anderes. Für sie hängt der Erfolg einer faschistischen Organisation allein von der Entscheidung der Bourgeoisie ab: „Wenn die Bourgeoisie sich zum Faschismus als der zeitweise effektivsten Herrschaftsform entschied . . . entstand die nötige Massenorganisation sehr schnell und bedurfte nicht mühseliger Vorbereitung . . . Hält die Bourgeoisie einen Übergang zum Staatsterrorismus nicht für erforderlich, bedeutet die Gründung rechtsextremistischer Organisationen . . . die Flankierung liberalerer Formen kapitalistischer Herrschaft. Sie gehören dann ebenso dazu wie die anderen bürgerli-

chen Parteien und die SPD eben auch.“ (S. 20.)

Der Versuch, Geschichte mit ein, zwei Sätzen in den Griff zu bekommen, führt zur Formulierung von Dogmen. Wenn eine solche Geschichtsinterpretation auch noch Grundlage der Antifa-Strategie sein soll, dann entsteht der Verdacht, daß AntifaschistInnen zur Glaubensgemeinde der RL eingeschwo-ren werden sollen.

In dem Zitat existiert ein handelndes Subjekt, die Bourgeoisie. Sie erreicht, was sie für erforderlich hält. Die Linke und der Widerstand sind ausgeblendet. Wie kann mit einer solchen Gesellschaftskarikatur die Frage einer effektiven antifaschistischen Gegenstrategie erörtert werden? Vielleicht geht es der RL auch gar nicht darum, sondern um ihr Prinzip, daß alles, was sich nicht um sie gruppiert, als politisch rechts zu bekämpfen sei. Dafür zahlt sie den Preis, die Repräsentanten „anderen bürgerlichen Parteien“ gleichzustellen.

Gleich ist diesen Parteien zwar das konservative Bestreben, die kapitalistische Gesellschaftsformation zu erhalten, aber verschieden sind noch immer die anvisierten bzw. angewandten Herrschaftsformen. Dieser Unterschied ist dann sehr wichtig, wenn „die Linke“ nicht nur strategische Manövrier-masse bedeutet, sondern sowohl Menschen, die entweder am Leben bleiben oder abgeschlachtet werden, als auch die existente Möglichkeit für eine radikal veränderte, humane Gesellschaft.

Sollte diese Ansicht von anderen geteilt werden, dann käme es zu dieser der RL so dubiosen „Gemeinsamkeit der Demokraten“, die sich unverwechselbar von heuchlerischen Wahlkampf-Pseudo-Antifaparolen der SPD, Grünen und sonstigen unterscheiden, zu der aber auch SPD-Mitglieder, Grüne, Christen und sonstwas gehören können. Daß den drei Kopfarbeitern oft ihre eigene Borniertheit einen Streich spielt, belegt ihre Auffassung über die primär für faschistische Ideologiemuster empfängliche Klientel: „Es gibt in der BRD Menschen, die mit der Hand arbeiten und nicht viel zu sagen haben. Ihr Hirn, Abteilung Staat und Gesellschaft, ist voller Müll.“ (S. 23.) Ich berichte: „Es gibt im Kreis RL Menschen, die mit dem Kopf arbeiten und viel sagen. Ihr Hirn, Abteilung Staat und Gesellschaft, ist voller Müll.“

Diese Ausführungen enthalten keine spezifischen feministischen Antifa-Positionen. Sie sind eine immanente Kritik, frau hat sich an den Vordenkern „abgearbeitet“. Das entspricht nicht der Ankündigung und muß mit einem kleinen Exkurs auf die Vorgeschichte des Kongresses begründet werden:

Mit „Konkret“ besitzt der „Kreis ‚Radikale Linke‘“ buchstäblich ein Publikationsorgan, das es ihm ermöglichte, seine Positionen zu verbreiten, zur Diskussion zu stellen und in Arbeit zu geben. Er wendet sich, wie es seiner Programmatik entspricht, besonders an die Gruppierungen der Linken, die der bundesdeutschen Parteienlandschaft den Rücken gekehrt haben, das sind Autonome und Feministinnen. Er versprach eine ernsthafte Beschäfti-

gung mit dem Feminismus. Er besetzte die Foren seines Kongresses quotiert. Und dennoch ist Feminismus, ist feministischer Antifaschismus hier nur Garnierung.

Wenn der Kreis an einer offenen Auseinandersetzung um politische Positionen und an einer gemeinsamen Arbeit im Prozeß der Strategieentwicklung interessiert gewesen wäre, dann hätte er die Positionen der feministischen antifa mit denselben Medien zur Diskussion stellen müssen wie ihr eigenes Papier. Ein Artikel „Wie weiter mit der feministischen antifa?“ liegt in der „Konkret“-Redaktion seit ein paar Monaten auf dem Tisch oder im Papierkorb. Der Kreis hat dafür gesorgt, daß der breiteren linken Öffentlichkeit zwar ihre eigenen Positionen doppelt und dreifach zukamen, aber die antifaschistischen Positionen, die sonst auf dem Forum „Antifaschismus heute?“ vertreten sind – u.a. die der antifa – werden deshalb Garnierung bleiben. So schaffen die Strukturen Macht.

Ich meine, daß es erst nach geänderten Strukturen sinnvoll wäre, feministische Ansätze in oder mit der RL zu diskutieren.

Wir lassen uns nämlich keinen Zucker in den Tank streuen!

Mai 1990

TIPS UND TRIX FÜR ANTIFAS

Eine kluge
Schrift für
Antifaschist/innen
und die, die es
werden wollen...

52 Seiten, DIN A 5, mit vielen Zeichnungen

DM incl. Porto + Verpackung, zahlbar im Voraus bar o. Scheck
Bestellungen an:
ANTIFA JUGENDFRONT BERLIN
GNEISENAUSTR. 2A · 1000 BERLIN 61

Kreuzberg

Schöneberg ist jetzt ein Beispiel dafür, wie es den herrschenden zu zerschlagen oder zu vertreiben, viele von den Leuten, die da-
mals in den besetzten Häusern gewohnt haben, wohnen heute in Kreuz-
berg. In Kreuzberg gibt es (noch?) Ansätze von linksradikalen Struk-
turen, die auch in der Lage sind, abzustrahlen und zu mobilisieren.
Das sollten wir nicht kampflös aufgeben, sondern verteidigen, aus-
bauen und ausweiten, natürlich auch auf andere Stadtteile. (nebenbei
gesagt, finde ich es nicht die beste Lösung, nach Ostberlin auszu-
weichen, nur weil's dort noch einfacher ist, ein Haus zu besetzen.
Mich wundert auch, warum da nicht mal öffentlich über die wider-
spruchsbekannten solcher Aktionen diskutiert wird. Weder die gan-
zen Wessis, die sich schon im Prenzlauer Berg und Friedrichshagen
einquartiert haben, schreiben mal was dazu noch die autonomen
Gruppen/Leute aus Ostberlin, obwohl da in "Privatgesprächen" eine
Menge Kritik an den Wessis kommt)

aber zurück zu dem, was sich meiner Meinung nach hinter sol-
chen Vorwürfen wie "unsere Militanz ist auf S036 fixiert und ritua-
listisch" verbirgt. Klar gab es in Kreuzberg 36 mehr Aktionen auf
der Straße, spontan oder organisiert, als in anderen Stadtteilen.
Das hängt eben damit zusammen, daß hier viele Leute leben, die
was gegen den Staat haben und z.B. Supermarktmisshandlungen

gut finden, oder die die Bullen angreifen und versuchen sie in
die Flucht zu schlagen, wenn sie im Stadtteil auffahren und wie
am 1. Mai Leute terrorisieren. Das heißt nicht, daß der Angriff
auf die Bullen zu jeder Zeit und in jeder Situation das richtige
ist - das ist eine taktische Frage - aber grundsätzlich finde ich

Kreuzberg

das richtig, oder wenn sich im Kreis irgendwelche Politiker o.ä.
zusammensetzen, wo dann im Verlauf der Aktion die Bullen auffahren
und es Straßenschlächten gibt - so geschehen beim Weisacker-Be-
such im Ballhaus Nauenstraße vor x Jahren. Solche Sachen müßten
in allen eher proletarischen Stadtteilen laufen, aber das ist nun
mal auch eine Frage von zahlenmäßiger Stärke und 5000 viele
sind wir nun mal nicht. Aber z.B. die Aktionstage im Wedding wa-
ren gerade in diesem Zusammenhang (Verbretterung von Strukturen)
wichtig, denn perspektivisch geht es natürlich um soziale Ver-

daß es z. Z. in S036 bessere Strukturen gibt, mehr Leute
wohnen, die selbst aktiv werden (und damit meine ich nicht nur
autonome Szene) ist nun mal so wie es ist, das ist ja auch Ergeb-

Wenn Gruppen wie ihr (A1), in der Lage seid, auch andere Aktions-
formen zu praktizieren wie z.B. anschlage, dann ist das gut und
steht für mich auch im Zusammenhang mit massenmilitanten Aktionen.
diesen Zusammenhang nicht herzustellen, trennt die, die ihr wissen
über die Scheiße hier und ihre Wut erstmal auf der Straße in handeln
umsetzen. Es macht gezielte Kleingruppenaktionen zu etwas besonde-
rem, überlegterem, "reiferem" in einem arroganten Sinne. In der
Folge davon kommt ne hierarchische Betrachtung von Aktionsformen
raus. Die genau dem entgegenarbeitet, was wir eigentlich erreichen
wollen.

Kreuzberg

es geht uns schließlich nicht um soziale Bewegungen, in denen
dann militante Kleingruppen gönnerhaft auf die "sozialen" bezie-
hen, sondern um eine militante soziale Bewegung.

Kreuzberg

Ich unterstelle euch nicht, daß ihr diese Trennung wollt, aber
wenn ich so einen Satz mit ritualistischer auf S036 fixierter mili-
tanz lese, werde ich mißtrauisch. Ich finde es auch unverantwort-
lich, so nen Satz mal kurz so hinzunehmen, angesichts einer so wich-
tigen und so konfus wie Kontrovers geführten Diskussion, auf die
ihr da ja Bezug nehmt.
So, das wars erstmal.
grüße
Ella

Innerhalb autonomer Gruppen gab es ja vor Kurzem eine intensivere Diskussion über revolutionäre Stadtpolitik (KZ-Papier, K90 und die darauf folgenden Papiere). Aber bisher hat sich diese Diskussion - bis auf wenige Ausnahmen - noch nicht so großartig umgesetzt. Ich hätte nach diesen vielen Papieren gedacht, daß sich gerade im Vorfeld des 1. Mai viele Leute/Gruppen was einfallen lassen, die 2001-Aktion der RZ fand ich, ehrlich gesagt, auch nicht so toll. Kam mir bischen so vor, wie in aller Eile vor dem 1. Mai noch was hingedreht, da gibts meiner Meinung nach bessere angreifbare Objekte. Nicht, daß ich diesen mobilisierten verteidigen will, aber da gibts viel repräsentativere, teurere Läden für die Yuppie-Szene und außerdem gibt es Objekte, die direkter vermittelbar sind, wo sich viele Leute, wenn sie davon hören oder in der Zeitung lesen, viel mehr ins Fäustchen lachen, z.B. der GSG-Chef Habermann, dessen Auto unlängst abgeackelt wurde, das nach längerer Zeit wieder verantwortliche von Wohnungsnot, Mietwucher, Spekulation und Umstrukturierung unserer Stadtteile so direkt angegriffen werden, finde ich Spitze und auch notwendig. Viele Gruppen, die so was machen, würden solchen Leuten ganz schön Dampf unter den Arsch machen. Das soll jetzt nicht heißen, daß das die einzige Betätigungsform ist, jede und jeder soll das machen, was sie oder er sich zutraut.

Genauso wichtig wie Buttersäureattacker, wie Kundensprünge machen, wie Autos abtackeln, wie Hausbesitzer aufs Maul schlagen, wie treffen in Osterlin) oder was zu unternehmen, wie Sklavenhändler weiter und weiter sind, obwohl sie die vorgeschichtliche Backsteinfabrik eingezogen sind, komplizieren der GSG machen.

Ganz besonders toll fand ich, wenn wir autonomen Frauen einige mackerärsche exemplarisch verdreschen oder kneipen u. a. Orte, wo so ein Typ arbeitet oder wohnt, "besuchen", wie es früher offensiver gelaufen ist.

Kreuzberg

Jetzt möchte ich noch etwas zum anschlag auf data-domozil sagen. Vorweg: Ich fand die Aktion sehr gut, meine Kritik bzw. meine Frage bezieht sich nur auf einen Aspekt der Erklärung. Ihr schreibt, daß eure Aktion auch eine Antwort auf die teilweise berechnete Kritik hinsichtlich: unserer oft sehr auf S036 fixierten und ritualisierten militäns ist. Ich verstehe das in dem Zusammenhang nicht. Erstens gab es schon immer Aktionen, außerhalb von S036, die mehr Zahl der anschläge und sonstigen Kleingruppenaktionen lief nicht in Kreuzberg 36.

der Ort, wo die Aktion stattfindet ist ja der Ort, wo das jeweilige Objekt (in eurem Fall die data-domozil) eben liegt, oder habt ihr extra ein angreifziel außerhalb von S036 gesucht? Ich nehme mal an, ihr hättet die data-d. auch angegriffen, wenn sie ihren Sitz in 36 gehabt hätten.

Wenn ihr das auf massenmilitäns wie z.B. am 1. Mai bezieht, wirds mich ganz schlag. Das kann man gar nicht so miteinander vergleichen und v.a. nicht gegeneinanderstellen. Massenmilitäns auf der Straße gibt/gab es immer wieder in den Stadtteilen, wo es politische Strukturen gab und Leute, die damit sympathisieren. Während der Hausbesetzungszeit gab es z.B. auch in Schöneberg Randalis und Plünderungen von Supermärkten etc.

Bericht vom Treffen der Burschen

rechtsextremen Gruppen zuzuschreiben: Die eigentliche Bedrohung geht hier vom Staat mit seinem institutionalisiertem Rassismus direkt aus.

Ihr habt natürlich recht, wenn Ihr der Meinung seid, theoretisches Aufzeigen von Hintergründen am Interesse an Faschismus in der BRD muß mit praktischen Anknüpfungspunkten verbunden werden.

Ein Anschaulichmachen der autoritären Struktur der BRD Gesellschaft, des Anpassungsdruckes während der Arbeit, des Zwangsaltags und seinen Repressionen, der sich aus den kapitalistischen Arbeitsstrukturen allgemein ergibt ist meiner Meinung genauso nötig wie ein Kampf gegen fascho-Aktivitäten. Die von uns geforderte Aufhebung der Trennung von Kopf und Handarbeit und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, selbstbestimmtem Arbeiten, sind sicher kaum zu vermitteln, wenn man sich auf Faschos konzentriert. Ausgrenzendes und unterdrückendes Verhalten in der Praxis kann man wahrscheinlich nur ändern, wenn in der Realität das Ventil "Druck nach unten" für eine autoritäre Umgebung in produktionseffektiven Technologien und Arbeitsabläufen hinterfragt wird. Der gehorsame Arbeiter der Leistungsgesellschaft arbeitet effektiv, wenn er Unterordnung und Repression akzeptiert, dafür darf er sich durch Herabsetzung von "Ausländern" "entschädigen". Auch hier, z.B. im Umgang mit ausländischen Mitarbeitern, gibt es Anknüpfungspunkte für eine aktive, persönliche Antifaschist.

Es kann meiner Meinung nach nicht nur darum gehen, gegen Faschisten einzugreifen, sich zu wehren. Sicher ist es weiterhin nötig Faschoaktivitäten zu bekämpfen. Doch ist es nicht sinnvoller, nicht nur bestehende rechte Strukturen zu bekämpfen sondern der politischen Kraft, die hinter Rechtsradikalismus steckt, durch praktische Vermittlung einer linken Utopie das Wasser abzugraben?

Ihr schreibt in Eurem Papier "eine genauere Aufarbeitung steht sicherlich noch aus" darauf warte ich gespannt, zumal nach eurer "lange(n) politische(n) Geschichte in dieser Stadt" da wohl mehr zu erwarten ist.

Ein Antifaschist

Also, am Sonnabend [2.6.90] haben sich die (eigentlich in Westberlin irgendwie immer noch verbotenen, oder wie?) Deutschen Burschenschaften am Reichstag getroffen, und trotz der Mobilisierung dazu warn es nur eine handvoll Studies, die dahin kamen, so vielleicht hundert (andre fühlten sich wohl eh nicht angesprochen). Das is dann schon ein bißchen peinlich, wenn hundert Leute über tausend Burschenschaftlern [in diesem Falle ist das Fehlen des großen I angebracht, warn nur ein paar Burschis mit ihren Tussen da] "Haut ab!" zurufen... Die Bullen waren jedenfalls mehr als wir, und so haben sie sich auch benommen. Lustig wurde die Sache nur nachher noch, als das Gros der zackigen Jungs mit ihren Alten Herrn schon in den BVG-Sonderbussen weg war, als sich einige Burschen in unsere sich auflösende Versammlung hinein verließen, dem einen haben wir dann die Mütze geklaut, den Stolz seiner Männlichkeit, und er hat gekämpft wie ein Löwe, es mußten noch fünfzehn Bullen [sorry, vierzehn Bullen, eine Bullin] ihm suchen helfen (half alles nix) und ihn trösten ob des Verlusts. "Ich kann nichts, ich bin nichts, gebt mir meine Mütze wieder!"

Dann flog noch ein Kranz von den Maueropfer-Holzkreuzen in die Spree, der an die Freiheit erinnern sollte, die denen drüben solange vorenthalten worden ist. Ein Alter hat sich dann an einem Baum vergrißen und einen Ast getötet, bloß um das blöde Teil wieder rauszufischen und aufzuhängen und ganz nebenbei auch noch die Souveränität der DDR verletzt. Es kamen dann noch ein paar sinnlose Wortgefechte - wir mußten uns "Bolschewisten" schimpfen lassen - und viele scheid Touris mit Videokameras und so, da war es dann besser zu gehen.

Es hätte alles noch viel lustiger werden können, wenn wir mehr Leute gewesen wären!

Anbei ein realistisches Flugblatt - authentisch!

15

Herzlichst (...)

Kein Mitglied einer studentischen Verbindung/Burschenschaft

PS.: Die Raketenwerferbasteianleitung ist japanisch, nicht koreanisch; da kann uns die Japanologie sicher weiterhelfen.

Zunächst einmal: ich gehöre nicht zu der von Euch so angepissten "antifaschistischen Führungsschique". Finde Euer Papier aber so daneben, daß ich dazu ein paar Fragen stellen möchte.

Neben ziemlich vielen Details die eher Dritte interessieren werden, habt Ihr wenig über Eure Vorstellung von Antifa-Arbeit geschrieben. Am Anfang steht zwar etwas über "politische Diskussion der linken dieser Stadt um Methoden, taktische und strategische Bestimmung rev. Politik" danach lese ich aber eigentlich nur folgendes:

- Eurer Meinung nach sollte sich Antifaarbeit auf offensives Vorgehen gegen Faschisten konzentrieren. Eine Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Kreise gegen Faschismus mit nicht militanten Strategien lehnt Ihr ab. (S. 4, Z. 9-11).
- Militanz als Antwort auf rechte Aktivitäten stellt Ihr in den Vordergrund.
- Selbstorganisierte Antifa-Politik reduziert ihr damit im wesentlichen auf offensives Reagieren auf Faschoaktivitäten (S. 7, untere Hälfte). Eisenrohre (mit 50 cm Länge geeignet für tödliche Kopfverletzungen) erscheinen Euch dabei gegen Faschisten als adäquate Waffe zur Verteidigung (S. 5, Z. 28-29).
- Auseinandersetzungen mit den Bullen aufrechtzuerhalten geht vor Vermittlung von Inhalten (S. 4, letzte Z.).

Ihr sprecht von verantwortungsvollem Umgang in Zusammenhang mit der Verwendung von Waffen. Daß mit großen Eisenrohren in einem Handgemenge leicht der Eindruck von Lynchstimmung vermittelt werden kann und daß dann Notwehrsituationen entstehen, in welchen niemand mehr weiß auf welcher Seite die/der Gegenüber steht schreibt ihr selbst. Zur "adäquaten" Verwendung von Eisenstangen mit 50 cm Länge stellt sich mir die Frage, ob damit eine defensive Verteidigung (ihr sprecht von Notwehr) überhaupt noch eingeplant wird und ob eine versehentliche tödliche Kopfverletzung hier nicht einkalkuliert werden muß?

Geronimo diskutiert in "Feuer und Flamme", daß Debatten und Auseinandersetzungen der Autonomen Antifa-Träger von radikalen Veränderungen in der BRD sein können, indem mit Diskussionen und Aktivitäten eine neue Dimension in der alltäglichen Erfahrung aufgezeigt wird und bislang unhinterfragte Alltagsstrukturen polarisiert werden. Es geht um neue Politisierungsprozesse und die Möglichkeit neue autonome Strukturen zu bilden. Wie steht Ihr dazu?

Wenn wir aus der derzeitigen politischen Situation Anknüpfungspunkte finden und im deutschen nationalen Taumel die Utopie einer antipatriarchalen, solidarischen Gesellschaft vermitteln wollen, muss meiner Meinung nach genau hier weiter diskutiert werden. Ist denn unter dieser Voraussetzung eine breite Mobilisierung nicht nötig?

Gerade eine breit geführte Diskussion halte ich für wichtig um unsere Utopie auf eine breitere Basis zu stellen. So ist z.B. die Frage, warum in der DDR jetzt so viele Faschos auftauchen sicher Anlass, Inhalte zu vermitteln. Die Realität in der DDR mit ihrer zunehmenden Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit, zwischen dem real existierenden Sozialismus mit seiner Fabrikdisziplin, Respekt vor Hierarchien, Unterwürfigkeit vor den Vorgesetzten sowie dem Konsumverhalten wird mit Sozialismus gleichgesetzt. Hier kann mensch zeigen, daß diese beschriebenen Eigenschaften, die nichts mit linker Utopie zu tun haben, die zum Verfall der politischen Moral führen, zum Zurückziehen in die Datscha, zum persönlichen Kampf der Einzelnen ums Überleben führen, Grundlagen zur Entwicklung faschistischer Ideologien sind. Mit Eurer Sichtweise verdeckt Ihr den eigentlichen Hintergrund faschistischer Ideologien. Wenn Ihr über eine Spontandemo anlässlich eines gewaltsamen Todes einer Antifaschistin inhaltlich ausschliesslich über die "entglasung" des Kottis schreibt und den Erfolg der Demo daran misst, daß es keine "festnahmen" gab, frage ich, ob Trauer und Wut nicht besser zu vermitteln sind?

Ihr reduziert die Inhalte der Kritik auf die Aktionen zum RFP-Parteitag 1989 auf mangelnde Militanz (S. 7, obere Hälfte). Doch wie wollt ihr mit Militanz deutlich machen, daß unter den derzeitigen Voraussetzungen der Entpolitisierung breiter Bevölkerungsschichten in der BRD, der bürgerliche Mittelstand mit seinen Interessen den entscheidenden Einfluss auf die Gesellschaft hat: Und daß diese Entpolitisierung aktiv weiterentwickelt wird? So wird z.B. Rassismus eher als subjektive Ansicht herabgespielt, obwohl Unterdrückung und Ausgrenzung von "Ausländern" in der BRD objektiv staatlich organisiert sind (Ausländergesetze). Mit dieser Strategie können sich bürgerliche Kräfte und ihre Interessen vor dem vermeintlichen subjektiven Interesse der Bevölkerung in den Hintergrund stellen. Ich denke, daß militante Aktionen ohne weitere Vermittlung dieses bürgerliche Lager nur unterstützen.

Hier ergibt sich ein wesentlicher Ansatzpunkt für Antifaarbeit: Diese Form gesellschaftlich durchgesetzter faschistischer Ideologie ist keinesfalls Aktivitäten von

EINHEITSPRONT STATT "EINHEITS"-FRUST !
TREFFT DIE FASCHISTEN WENN IHR SIE SCHLAGT !

werden. Der politische Konflikt, den es offensichtlich auch gibt, soll dabei nicht unter den Tisch fallen. Der Versuch der Rechten politischen Isolation ist meiner Meinung nach aber völlig fehl am Platz! Solange persönliche Streitigkeiten diesen Konflikt derart überlagern, und für mich stellt sich das nach allem was ich bis jetzt davon mitbekannt habe, genau so dar: solange die Karten nicht offen auf den Tisch gelegt werden, sollte die Interim nicht weiter dafür funktionalisiert werden. Für weitgehend unbeteiligte Leser, und ich rechne mich dazu, läßt sich diese private Amache eh nicht nachvollziehen. Es drängt sich der Eindruck auf, daß mehr dahinter steckt als es "politisch verbräut" rüberkommt.

Davon aber mal ganz abgesehen. Was ich eigentlich will, ist daß ihr mal wieder über den Tellerrand eurer persönlichen Zoffereien hinaus schaut und seht, was abläuft. Was glaubt ihr denn denken die hunderte von Faschoübergriffen betroffenen Menschen, die Mosambikaner, Vietnamesen, Sinti und Roma usw., die Frauen hier und "drüben" darüber, daß vielleicht am 8. Juli vor Schultheiß Hasenheide Fehler gemacht wurden? Ich wage die These, daß es ihnen schlichtweg am Arsch vorbei geht! Die repressiven Schuld-zurechnungen, wer sich als "Antifaschistische Führungsschlange" (Interim 103) oder "Ordnung und Chaos auf Demos" (Interim 105) aufspielt sind für mich nur bezeichnend für die Unfähigkeit zu klischeuberechtigtem solidarischen Handeln. Weiterbrücken wird uns das wohl kaum. Darüber hinaus wirkt es auf die große Mehrzahl der unbeteiligten Antifaschistinnen eher lähmend und steigert den allgemeinen Frust nur noch mehr.

Was jetzt angesagt wäre, ist, wie im Vorwort der Interim 105 treffend beschrieben, eine möglichst breite Mobilisierung auch der unorganisierten und direkt betroffenen Menschen. Die Kundgebungen vor Ausländerwohnheimen häufiger zu machen, wären ein Schritt in die richtige Richtung. Gegen eine grobe Demo ist prinzipiell nichts zu sagen, aber das allein reicht eben auch nicht aus. Daß uns immer nur Demo einfällt ist meiner Meinung nach auch ein Zeichen von Phantasielosigkeit und im übrigen Wohlsein in Berlin/Hauptstadt agieren, sind allemal flexibel und zum Teil auch besser organisiert als wir. Der Individualterror auf der Straße, der von ihnen ausgeht läßt sich langfristig auch nicht durch Demos und seien sie noch so gut organisiert, zu rückdrängen. Wir müssen ihre Strukturen zerschlagen, dazu ist es notwendig diese zu kennen! Fascho ist auch nicht gleich Fascho, die allermeisten von ihnen sind Mitläufer-Kids, was nicht heißt, daß sie sich nicht ständig weiter ideologisch festlegen werden, wenn ihnen nichts entgegenzusetzen wird. Trotzdem ist es wichtig differenziert mit ihnen umzugehen, wie das ja teilweise auch gemacht wird (Schlacht ihre Führer, nehmt den Kids die "Uniformen" und Pässe weg!) Zum Schluß nochmal was grundsätzliches: Wir müssen in erster Linie dort für uns Strukturen schaffen, wo wir leben, nämlich in den Stadtteilen. Wenn wir uns jetzt nur auf Berlin/Hauptstadt konzentrieren, werden wir spätestens Anfang Juli, wenn die Grenzen weiter werden, ziemlich dumm dastehen. Laßt euch jetzt nicht zu undurchdachten Schwachsinnaktionen hinreißen, auch wenn angesichts der miesen Situation Ungeheuer ist. Versuchen wir mit allen zu mobilisieren, die betroffen sind und sich auch schon angefangen haben zu wehren (s. 1. Mai Hoyerswerda/DDR "Mosambikaner bewaffnen sich mit Knüppeln gegen Faschos") Es gibt viele einzelne, besonders nicht-deutsche Jugendlichen, denen es schon lange reicht.

Ob wir trotz unserer vielen Widersprüche zwischen Frauen und Männern, nicht-deutschen und deutschen Antifaschistinnen, Homos und Heteros/Heteras zu einer gemeinsamen Organisation kommen, wird die Zukunft zeigen. Der ernsthafte Wille und die mehr als notwendige Einsicht sind dafür ausschlaggebend. Betroffen sind wir alle unterschiedlich - wehren wir uns gemeinsam mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Übrigens läuft die Ost/West Bullenzusammenarbeit prima ab. Zivis von WB sind inner Hauptstadt schon unterwegs (auf Fotosafari). Die Einheiten werden bald eh durchmischt werden.

4.) Doc Martens statt Dogmen! (wie es weitergehen kann)

Der Kampf gegen die Faschisten in der Hauptstadt stellt für uns Männer eine große Herausforderung dar, nicht in anerzogene Gewalt und Kriegspantasten (zurück-) zu fallen. Einerseits brauchen wir ein Stück Aggressivität und Entschlossenheit, um uns wehren zu können, andererseits darf Militanz nicht zum Selbstzweck werden. Der Kampf darf sich auch nicht nur auf der militärischen Ebene abzeichnen, wir müssen es auch schaffen, auf die jugendlichen ein- Anziehungskraft auszuüben (kulturell etc.) und so den Faschos den Raum für ihre Vorbereitung zu nehmen.

Ich setze da große Hoffnungen in die besetzten Häuser. Wenn von denen mix ausgeht, dann ist für mich die Häuserbewegung nur reiner Selbstzweck zur alternativen Wohnraumbeschaffung. Ebenso sollten Infrastrukturen (über die Häuser) geschaffen werden, um eine Gegenöffentlichkeit auch in der Hauptstadt zu schaffen. Auch sollten die Faschisten hier bei uns angegriffen werden, hier sind sie in ihren Wohnungen ja recht sicher.

Da bleibt letztendlich nur die Frage, wie etwas koordiniert wird. Ohne jedoch auf die Vorwürfe der Genossinnen (Interim103) gegen die "Antiführungsclique" eingehen zu wollen, ist es schwierig die Grenzen zwischen "Führungsclique" und Aktionsvorbereitungsguppe zu finden. Klar ist, daß nicht wenige wichtige Entscheidungen für viele Treffen bzw. das Selbstverständnis einer Gruppe sich darauf beruht, Kader und Politbüropolitik zu machen.

Die Antifakoordination Westberlin sowie die Ostantifa sollten sich mit vielen anderen Gruppen und Häusern zusammenschließen, damit eine breitere Ebene geschaffen wird. Antifaschismus darf nicht mehr nur als Teilbereichskampf gesehen werden. Er fängt in unseren Köpfen an und kann in den nächsten Jahren für den radikalen Widerstand eine existentielle Bedrohung darstellen! Fangen wir jetzt an, kollektiv zu handeln.

PS: die Hooligans haben zur Zeit 'Sommerpause', da Fußballsaisonpause ist.

Keine Macht für Niemand!

ein Antifa

ANTIFA AM ABGRUND ?

Liebe Genossinnen! In folgenden möchte ich mal einiges loswerden, was mir in den letzten Wochen so durch den Kopf geht, wenn ich die aktuellen Ereignisse (konkret in der real nicht mehr existierenden DDR und Westberlin) dem Geschriebenen in der Interim Rekenüberstelle. Zwischen radikal antifaschistischem Anspruch und Realität der Auseinandersetzungen tut sich ein ziemlicher Abgrund auf in den wir alle abstürzen werden, wenn wir jetzt nicht aufpassen.

Da werden, in wohl von allen so empfundenen Krisenzeiten für radikal antifaschistische Politik, seitenslange Schlamm-

schlachten ausgetragen als wenn es nichts besseres zu tun gäbe. Ist es wirklich nötig, persönliche Antipathien, die sich zum Teil schon länger aufgestaut haben, jetzt und in dieser Form auszu-

kämpfen? Jede(r) die/der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, weiß, was auf Seiten der Faschos und im größeren Zusammenhang im

neu erwachten Nationalstaat Doitschland abläuft! Sich in diesem Moment Rekenseitig die eigenen "Vergehen" und "Fehler" um die

Ohren zu heuen, daß es nur so kracht, ist vielleicht auch eine Möglichkeit die eigene Perspektivlosigkeit zu überspielen. Daß

das Irrendetwas mit Verantwortung zu tun hat, wollt ihr ja wohl nicht ernsthaft behaupten.

Ich will damit nicht sagen, daß es nicht Unterschiede zwischen uns gibt: die gibt es bestimmt genug. Die werden aber nicht durch

persönliche Anpiesserei, die zudem nichts in der Interim verlieren hat aufzuheben, sondern müssen in einem anderen Rahmen diskutiert

Vergewaltiger 'ein Mensch mit soo viel Erfahrung und soo langer Geschichte in der Szene bzw. im Widerstand' ist !
Sehr hohe Ansprüche schwingen hier mit (je länger du als Typ dabei bist, um so mehr sexistisches Verhalten baust du ab...)
Es ist meiner Meinung nach ein kontinuierlicher Prozeß, der in uns laufen muß. Dauerndes Hinterfragen des Handelns.
Über den destruktiven, polemischen Artikel des "schwer generierten Antifaschisten" brauche ich ja kein Wort zu verlieren (siehe auch Interim Nr. 104).

2.) Antifa im Osten: kontinuierlich den Fortschritt aufhalten !
Auch am Pfingstweekende wurde die Kontinuität von ZK-Strukturen bei Antifasaktionen gewahrt. Jedenfalls am Sa. 2.6., als es darum ging, nach einem versuchten Faschisangriff auf die Häuser in der Mainzer Str. eine Antifademo zu den Faschohäusern durchzusetzen. (siehe auch Interim Nr. 105!) Die 'Demovorbereitung' sprich das vorhergelaufene Plenum in der Lotumstr. hat es wohl nicht auf die Reihe gekriegt, (da kam auch keine Initiative von einzelnen), dem Rest der DemoteilnehmerInnen auf vernünftige Art und Weise die Diskussion und den Sinn bzw. Unsinn der geplanten Demo zu unterbreiten. (Jedenfalls haben in 2 Häusern von selbst dazu Spontantplena stattgefunden).
Stattdessen haben sich mind. 2 Genossen (?) als feurige Redner und Anheizer zur Demo hervorgetan.

Viele sind trotz massiver strategischer Bedenken (überall massive Bullempresenz/ viele Faschos in den F.-Häusern) und 'im Elter des Gefechts' drauf abgetahren. (Die Mehrzahl männlich).
War hier die gewollte Konfrontation Selbstzweck oder eine 'politische Notwendigkeit' ?
Gefehlt hat auch zu diesem Zeitpunkt die kritische Nachbereitung (am besten in den einzelnen Häusern) zum 2 Stunden vorhergelaufenen Gegenangriff auf die Hooligans. Da lief auch einiges ziemlich Scheiße ab.

Das war so unkoordiniert, daß wir 'Glück' hatten, es 'nur' mit sofortigen Ostbullen zu tun zu haben (die dann eingriffen). Ohne viel Gegenwehr konnten sie 2 Leute von uns abgreifen. Einer wurde von nur einem Ostbullen bewacht!
Da ging es nur mal bis in den letzten Winkel jedem einzelnen Hooligan hinterher, ohne aufeinander aufzupassen !

3.) Trau keinem (ost oder west-) Bullen !!

Ein gemeinsames Verhältnis zu den Ostbullen fehlt.
Bullen repräsentieren in ihrer Rolle das staatliche Zwangssystem. In der DDR gab es wohl methodische Unterschiede zur BRD/WB. Prinzipiell gibt es keine guten oder schlechten Bullen. Auch wenn der Bullenjob im Osten ein soferer zu sein scheint und die (oder einzelne) Bullen noch nicht ganz so faschistoid drauf sind wie ihre Kollegen hier.

Am 2.6. z.B. in der Mainzer Gasse da auch Auseinandersetzungen mit Leuten, die sich bei den Bullen nicht "verschmerzen" wollten.
So wurden die uns angreifenden Bullen zurückgeschlagen, bis sich einige BesetzerInnen hervorboten und argumentierten "nicht auf die Bullen, sonst nehmen sie das als Grund, die Häuser zu räumen!"
Wenn ihr wollt, daß die Bullen eure Häuser nicht räumen, dann müßt ihr es auch akzeptieren, daß sie das Eigentum (der Bonzen, der anderen, des Staates, jegliches Eigentum) schützen. Denn nicht räumen bedeutet in letzter Konsequenz schützen.

Keiner Ansicht nach wollen uns die (ost-) Bullen im Kampf gegen die Hooligans, Faschos funktionalisieren ("linksextem gegen rechts-extrem"). Letztendlich kriegen wirs dann doch ab.
Am 2. Juni hat es sich auch so dargestellt: die Bullen wußten schon Tage vorher, daß die Mainzerstr. angegriffen werden sollte und hatte aber zum "Schutz" nur 18 Bullen abdelegt.
Als die Hooligans verjagt waren, standen wir auf einmal mindestens 5x soviel Bullen gegenüber. (Hunde waren auch dabei) !

Wie mit Konflikten innerhalb der Szene umgegangen wird, finde ich an Hand der 2 Artikel über die „Antiführungs- clique“ haaresträubend (Nr. 103 u. 104) !

Ich will hier keineswegs zu den konkreten Vorkommnissen Stellung beziehen; da sollten sich die betreffenden Personen lieber selbst zu äußern.

Sicherlich ist es konspirativer (VS etc.) schwierig, einerseits

Vorfälle zu skizzieren, um dann daran reden und lernen zu können, aber andererseits den Schweigen kein (neues) Material

zu liefern.

Wenn's die VerfasserInnen nicht so geregelt kriegen, dann sollte sich letztendlich die Interimredaktion einen Kopf drum machen, was bzw. wie sie das dann veröffentlichten (schwarze Balken?).

Besonders solidarisch und konstruktiv fand ich den Text „Dreck-

wäsche“ (Nr. 103) nicht. Es wird hier keine gemeinsame Vorgehens-

weise vorgeschlagen, sondern angepöbelt (Zitat: „...die Gesch-

ichten, die gelaufen sind, hätten allen passieren können, ...

bei den Leuten, die nicht über dasselbe Glück verfügen, wären

sie mit ihrem Dreck durchgekommen...).

Erschreckender finde ich aber die Ebene, auf der die Kritik steht.

Auf der einen Seite kritisieren sie eine ZK-Mentalität, nämlich

daß die betreffende „Führungsclique“ antischichtliche Aktionen

usw. kontrolliert, andererseits verlangen sie nach solch einer

Ordnungsinstanz, die darüber zu befinden hat, ob Rias tv bei ner

Antifaktion filmen darf oder nicht (Zitat: „...wir fragten x, ...

ob das tv-team mit Erlaubnis der Antifa filmte. Dies bestätigte

x nicht.“)

Darüberhinaus werden sie für andere Aktionen, die Panne abliefern

und wo es dann auch ne Auseinandersetzung gab (z.B. Reps an der

Hasenheide) verantwortlich gemacht.

So eine Einstellung zum Selbstverständnis einer Antifa(-Koordination)

daß die Antifa für alles zuständig ist, was mit Riasaktionen

zusammenhängt habe ich schon öfters bei GenossInnen gesehen.

Ich würde nicht so weit gehen und von Antifagruppen erwarten, daß

sie den Antifaschismus für sich gepachtet hätten und uns trügen

Rubvolk erzählen müßten, wo wir hingehen sollten und wo nicht.

Verantwortungsvolles Verhalten heißt für mich nicht, daß ich mich

auf Demos etc. von irgentwelchen Leuten blind irgentwo hinschicken

lasse, sondern möglichst im Kollektiv vor Ort abwäge und mich

solidarisch zu den unentschlosseneren verhalte.

Deshalb finde ich es prinzipiell o.k., wenn ne Kamera (von Rias tv)

putzt, wenn konkret Leute bei ner Aktion abgefilmt werden

(auch wenn wer sich anmaßt, Freischiene für die Presse auszugeben) !

Eine antischichtliche Einstellungs macht sich für mich u.a. daran

fest, ohne „Aufforderung“ der Antifakoordination verdammt noch mal(!)

sich selber beim Rep-Parteitag vors ICC zu stellen bzw. dazu zu

mobilisieren, wenn's niemand anderes tut. (Bezeichnenderweise waren

nur ca. 30 Menschen da)

Wenn ich ZK (Macht-) Strukturen ablehne, dann muß ich bei mir selber

im Kopf anfangen. Oft werden so Autoritäten in unseren Köpfen produ-

ziert. Eine „Führungsclique“ ist solange „Führungsclique“, wie wir

das tolerieren.

So ein Obrigkeitstendenzen fängt schon damit an, wenn Rangordnungen

für Szenemenschen (oder „Nichtszememenschen“) verteilt werden:

Zitat: „in diesem Fall haben jedoch Leute aus der Antiführungsclique

das Pech gehabt, daß es sich bei den beiden diffamierten Genossen

um Leute handelt, die eine lange Geschichte in dieser Stadt haben...“

Was soll uns dieser Satz sagen ???

Hierzu fällt mir nur spontan ein ähnliches Denken bei machen

Diskussionen ein, die über Vergewaltiger in der Szene gingen.

Da gibt es von manchen (meist Typen) das große Staunen, wenn der

da standen wir nun: die ganze nervenaufreibende verhandlung mit mietern, S.T.E.R.N., weber und senatum instandsetzung bzw. modernisierung war damit in den wind geschissen. jetzt sind wir mit privatmodernisierung konfrontiert: das heißt mieten von 8-11 DM pro m². da kostet dann eine 1-zimmerwohnung plötzlich 400 DM, das heißt, den halben monat für die miete zu ackern. alle, die das nicht bezahlen können bzw. wollen, sollen rausgeschmissen werden. und da ist dieses haus sicher kein einzel-fall: die DDR wird vereinbart, berlin soll hauptstadt werden und kreuzberg zentrum. un-seriensoll sehen wo er/sie bleibt, aber sicher nicht hier!!!

daß wir das nicht einfach so mit uns machen lassen, scheinen die spekulanten zu wissen: der neue besitzer der reichl. versucht unbedingt zu bleiben. das einzige, was wir bisher rausgekriegt haben ist, daß es sich um eine eigentümmergemeinschaft handelt, eine kommanditgesellschaft. im grundbuch sind sie noch nicht eingetragen und auch der sonst übliche voreintrag, der verhindern soll, daß das haus doppelt verkauft wird, fehlt nach 8 wochen immer noch.

uns vorgeschützt wird die frischgegründete DUPLEX KG. eine hausverwaltung und gleichzeitiger bauträger gmbh mit büro in kudammnähe, in der georg-wilhelmstr. 23.

in form von mario nowak und christoph klein, zwei besonderen exemplaren der marke "jung, dynamisch, erfolgreich, goldketten, sonnenstudio", kassieren sie die mieten, kümmern sich um die bauplanung und sollen vor allem die stimmen im haus ausschlagen.

die gaben sich erstmal ganz "nett". auf "du und du" suchten sie kontakt zur "starken gruppe" (o-ton) im haus, sprich leuten aus dem hausplenum.

ihre vorstellung war, kooperation in form von verträgen für die besetzten wohnungen unter der voraussetzung, daß sie streifrei die ganze scheidungsweise ohne umsatzwohnungen - dafür bräuchten sie allerdings einige leere wohnungen und noch kooperativer "ob wir nicht welche raushaben wollen aus dem haus?" am kooperativsten: ein paar tage später flatterten den besetzten wohnungen räumungsaufforderungen ins haus!

im falle eines falles, ist organisation einfach alles !!

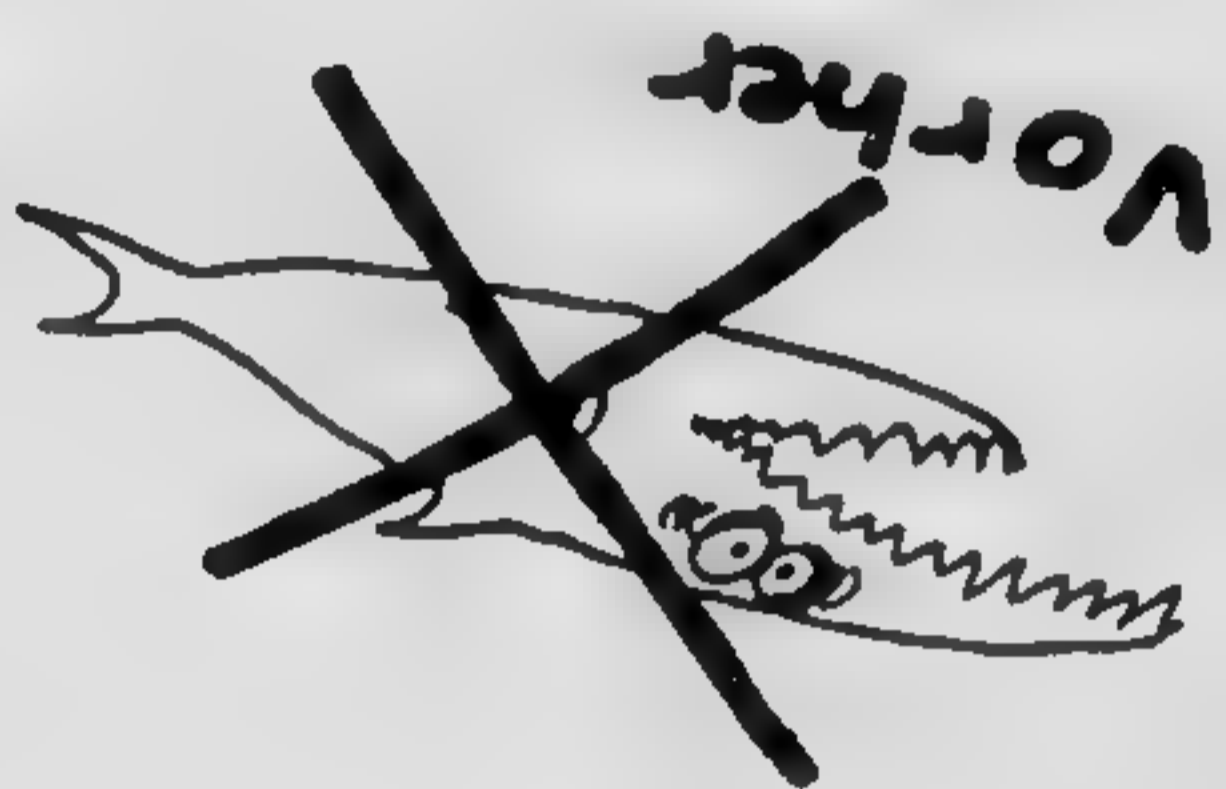


für uns war nach dem verkauf erstmal wichtig, daß es keine räumungen gibt, die besetzten wohnungen mietverträge bekommen. die noch von weber ausgesprochenen kündigungen zurückgenommen werden. unsere forderung war also mietverträge für alle. nach mehrmaliger versuche in diese richtung war klar, daß duplex sich darauf nicht einläßt. entsprechend ihrer modernisierungsplanung, wohnung für wohnung vorzugehen, boten sie unterschiedliche befristete verträge an, unbefristete verträge sollte es erst geben, wenn sie mit ihrer planung fertig wären. in diesen verträgen waren dann alle modernisierungsmaßnahmen und der neue m² preis genau aufgeschlüsselt. so einen vertrag zu unterschreiben, hieß die privatmodernisierung zu akzeptieren.

wir beschloßen mitzunehmen, was wir bekommen könnten, das heißt die verträge, die nicht unannehmbar sind und noch einigermaßen was hergeben zu machen. sollte duplex ruhig denken wir geben klein bei - sie hätten uns gegeneinander ausgespielt. für uns ist klar, ob mit oder ohne vertrag, wir wehren uns gemeinsam und lassen uns nicht spalten.

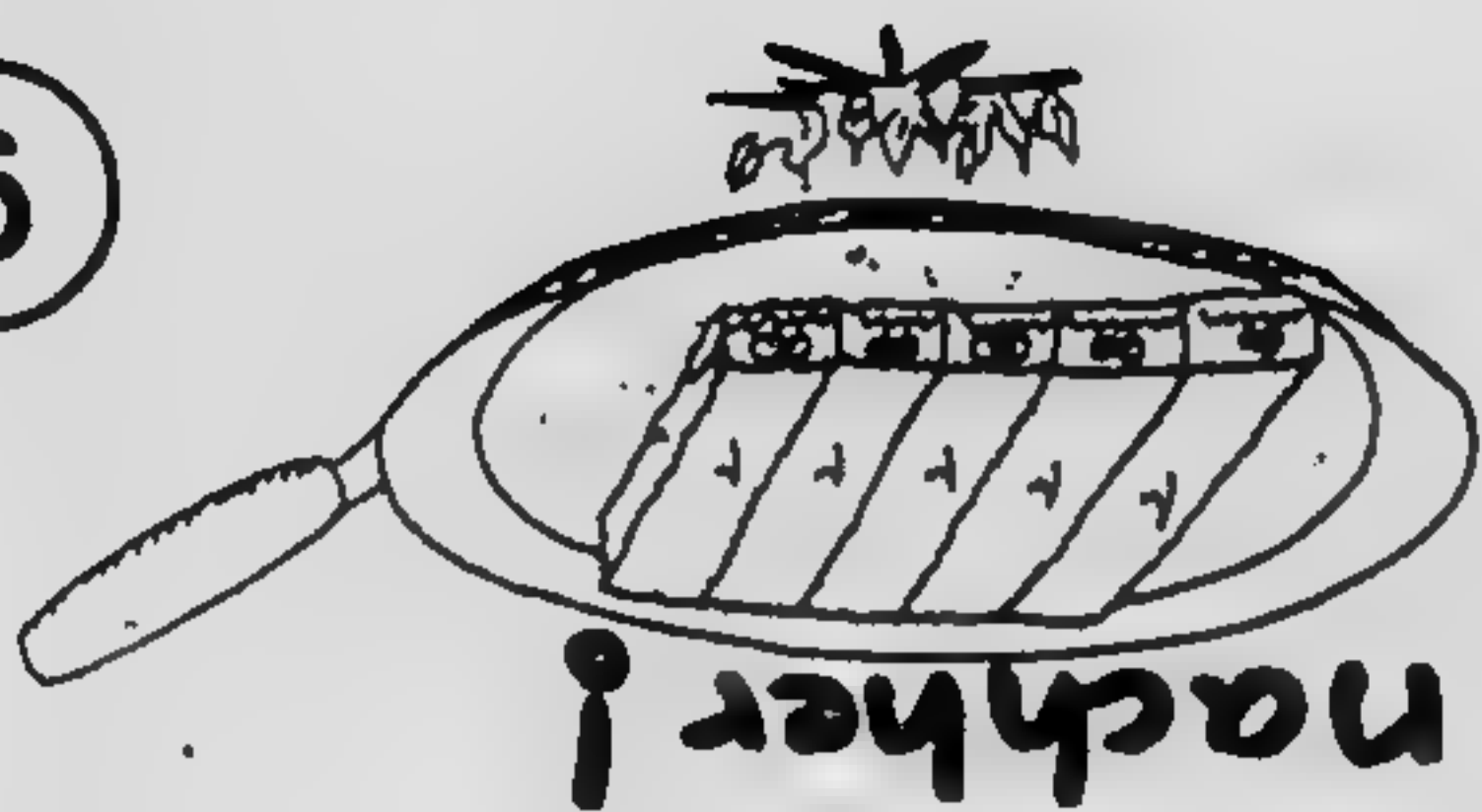
jetzt soll angeblich entschieden werden ob privatmodernisierung oder öffentliche förderung. aber wer weiß, vielleicht findet sich ja auch noch ein größerer spekulant, an den das haus noch ge-winnbringend verkauft werden kann.

es ist also mal wieder alles offen und wir können abwarten auf unserer baustelle - wir sind gespannt wie es weitergeht ... und werden euch weiterhin auf dem laufenden halten.



MIETHAIE ZU FISCHSTÄBCHEN!

FLOSSEN WEG VON DER LÜBBI, DEM ERKELENZDAMM, DER MARCHSTR. HER MIT DEN WOHNUNGEN IM WERRABLOCK !! GRÜSSE AN ALLE DIE SICH GEGEN SPEKULANTEN UND HAUSBESITZER WEHREN !!



Reichenärger und kein Ende

Lebenskosten. Wir sollten endlich mal checken, daß Bonzen und Staat aus Berlin die Hauptstadt des Kapitals machen wollen. Hoch auf den Imperialismus! Geld Regiert die Welt und sie wollen sie von Berlin aus regieren. Eine gelungene Wiedergeburt des 3. Reiches. Aber wir wollen kein Krankfurt in Berlin, kein am Deutschen Geld soll die Welt genesen. Was wollt ihr?

Zurück wieder zu den Fakten. Für uns am Interessantesten war die Sache mit der Zeitplanung. DB hat dem Senat gedroht, daß nur ein Städteplanerischer Wettbewerb innerhalb von 2 1/2 - 3 Jahren für sie von Nutzen wäre. Würde dieser Wettbewerb, aus welchen Gründen auch immer verzögert werden, würde ihre Planung ins Stocken geraten und sie könnten dann nicht mehr weiter investieren und bauen. Denn sie wollen und müssen wegen ihren angeblichen großen Investitionen ihr Bauwerk Ende 95 oder Anfang 96 beziehen, sonst wäre es für sie ökonomisch nicht mehr tragbar. Auch sollten die lieben Politiker doch an die Familien denken, die müssen ja frühzeitig ne Schule für die lieben Kleinen suchen (also doch Arbeitnehmer aus Wessiland). Aber ihr Zeitdruck könnte für uns bedeuten, wenn wir entweder die Planung oder das Bauen verzögern, dann haben wir ganz gute Chancen die Ansiedlung von DB zu verhindern. Sie sagten auch, wenn das Konzept des Wettbewerbs für sie nicht tragbar ist (siehe die qm-Zahl), dann könnten und würden sie jederzeit vom Vertrag für den Platz zurücktreten.

Also Die Planung verzögern, das Bauen verhindern und schön teuer machen. Keinen Raum für Multis und Bonzen!

Am Mittwoch 13.06., 18.30 Uhr, Im AWO-Jugendfreizeitheim Lützowstr. 32, 1/30 ist ne Sitzung der Stadtteilkommmission Tiergarten Süd. Thema: Soziale Auswirkungen der Bauprojekte am Potsdamer Platz auf die umliegenden Stateile. Und am 20.06., die Uhrzeit is noch unbekannt ist bei uns Ortstermin des Ausschusses. Wir begrüßen dies aufs Heftigste.

Solidarität mit allen besetzten Häusern und Plätzen! Solidarität mit Allen kämpfenden Gefangenen nicht nur aus GRAPO u. PC(e)R.

Die BesetzerInnen vom Conny-Wissman-Platz

haben sie sich auch schon über die müll- und schuttberge vor der reichenbergerstr. 114 gewundert? wir sagen ihnen was dahintersteckt!!!

das haus hat eine lange und komplizierte geschichte. es würde den rahmen dieses flugschichts sprengen, wenn wir die chronologie noch mal aufführen wollten. nur soviel: im haus gibt es bewohnerInnen, die einen unterschiedlichen "status" haben: mietverträge, zeitmietverträge, nutzungsverträge, gekündigte verträge, besetzte wohnungen und ein fabrikgelände in dem leute mit gewerbeverträgen wohnen. wichtig ist, daß die reichenberger 114 ein typisches beispiel für die zerstörung von wohnraum und bereicherung diverser hausbesitzer ist. kurz und gar nicht gut: die reich ist eines der vielen spekulationsobjekte hier!

viele kämpfe - leere versprechungen und nichts passierte: wir sind einiges gewohnt! deshalb glaube wir auch nicht an einen april-scherz, als eines tages ein aalgaltes milchgesicht auf der matte stand und verkündete, daß das haus für 3mio zum 1. april verkauft sei. (zur erinnerung: albrecht weber, der alte hausbesitzer, hatte das haus vor 3 jahren für 1,5mio gekauft und keinen pfennig hineingesteckt...) das "nette" milchgesicht beteuerte, daß sich jetzt alles ändern würde, ab sofort würden die arbeiter losgehen, sie(?) würden jetzt privat modernisieren...



Am Mittwoch den 6. Juni sind ein paar BesetzerInnen von uns in die Ausschußsitzung "Planung im zentralen Bereich und Potsdamer Platz" gegangen. Dort sind zwei von der Daimler Benz AG (DB) aufgetreten, um angeblich zu informieren und um sich ganz demokratisch den Fragen der Ausschußmitglieder zu stellen. Es sprachen danach noch drei Menschen, welche Alternative vorzuschläge brachten, doch das Ganze war mehr ein Theater um den Anschein von Demokratie und BürgerInnenbeteiligung zu wahren. Die Vergabe der Option an DB ist längst beschlossene Sache (O-Ton des Vorsitzenden: Wir begrüßen die Ansiedlung von DB). Und in Wirklichkeit haben die DB-Typen den Menschen im Ausschuß gedroht und versucht Druck zu machen. Hier sind die Fakten, welche wir aus Ihrem Geschwafel gezogen haben (was natürlich in der Presse nicht rüber kam).

Da waren ein gewisser Mut, von der Grundstücksteilung Stuttgart und der Berliner Niederlassungsleiter Peter Keilbach, welcher als Sprecher des Konzerns fungierte. DB die Zentrale von DEBIS, das ist Teil 4 des Konzerns seit 89 im Aufbau, am Platz ansiedeln. DEBIS umfasst 5 Bereiche, also auch 5 Vorstandsmitglieder.

1) Den System-Hausbereich (EDV, Soft- und Hardwaredienstleistung)
2) Finanzdienstleistungen (könnte Unternehmensberatung und/oder Kreditwesen bedeuten)

3) Versicherungsdienstleistung (angeblich nur für den Konzern)
4) das Handelshaus (soll sich mit Kombinationsgeschäften, vor allem mit Ost-Block-Geschäften beschäftigen) und

5) Finanzdienstleistungen (angeblich nur Verkehrsforschung).

Von den angeblich 8.000 Arbeitsplätzen, welche entstehen sollen, entfallen nur 2-3.000 auf DB. Sie haben später aber nur noch von 2.500 Arb.pl. gesprochen. Weitere 3.000 Büroarbeitsplätze sollen durch die geplante Vergrößerung von 30 % Bürofläche entstehen. Es gab da schon Anfragen von Rechtsanwältinnen, Ärztinnen und Zahnärztinnen (z.T. aus Westland). Die restlichen 2.000 Arbeitsplätze sollen durch die 10 - 30 % Mischnutzung entstehen. Gedacht wurde dabei von DB an Hotels, Stiftungen, Fortbildungszentren, Gaststätten, Kinos etc. Also eigentlich die totale Verarschung. Erst mal sind nur wenige Arb.pl. von DB sicher, denn wieviel die Anderen einstellen kann mensch nicht vorausagen. Aber mit Arbpl. fängt mensch SPD-Regierungen und Gewerkschaften.

Interessant war, daß der Keilbach ausdrücklich betont hat, daß die alte Potsdamer Str., welche vom Weinhaus Huth quer durch das in Frage kommende Gelände führt, eine Einkaufsstraße werden muß. Wohl für die Bonzen, da er auch meinte, die Stadtzentren Ku-damm und Unter-Den-Linden sollten zusammen wachsen. (müssen wir eigentlich die Konzerne für uns Stadtplanung betreiben lassen und wollen wir selber entscheiden was, wie, wo in unserer Stadt passiert) Auch sagte der Typ, daß es eine Linie vom Postgroamt zum Europacenter geben müßte. Also nix mit Traufhöhe (sind die üblichen 5 Stockwerke) oder so.

Das Angebot des Standortes Potsdamer Platz kam im November 89 vom Senat. Vorher waren das Klingelhöfer- oder das G-bat-Dreieck im Gespräch. Doch kommen diese beiden Flächen für DB eh nicht mehr in Frage, da sie ja unbedingt 200-220000 qm Bürogeschoßfläche brauchen und die beiden Grundstücke nicht genügend qm zum Bauen haben. Außerdem will DB eine erst Adresse haben, um für sich und "Berlin" eine Visitenkarte zu schaffen. So kann ja dann auch die geplante Vertriebsstätte der Nutzfahrzeuge und PKW's für die DDR und Ost-Berlin in die Außenbezirke (im Gespräch war Steinücken) verlagert werden, denn so was ist ja auch kein Super-

Ausgangsschild. Der letzte Senat hat ja auch immer DB und die Industrie gebeten mehr saubere Geschäftszweige wie Dienstleistungsbetriebe in Berlin anzusiedeln. O-Ton Hassemer (CDU): "Wir wollen Köpfe statt Werkanke". Also keine Fertigung oder Produktion, keine Arbeitsplätze mit wenig Lohn, sondern Arbeitsplätze mit viel Kohle für höhere Mieten und höhere

GEGEN DIE ZERSTÖRUNG UNSERER STADTEILE



21.06.

Kundgebung

16.30 Platz der Stadt Hof

17.30 Hermannplatz

bekannt durch : - Leerstand

- MieterInnenvertreibung

- Bauskandale

- Bestechungsaaffären

Noch bin ich eine Stadt, doch nicht mehr lange.

Fünzig Geschlechter haben mich bewohnt.

Wenn ich die Bagger jetzt empfangen:

In tausend Jahr' erbaut,

Verhoert in einem Mond.

frei nach B. Brecht

"We have got abigger problem now"

Die Besetzung der Wissmannstraße 19 war der Auftakt, jetzt wollen wir uns langsam festbeissen, bis es weh tut. Uns geht es nicht nur um die 19, sondern um den Verein, der dahinter steht.

Das Schandatenregister der senats eigenen Wohnungsbau gesellschaft "Stadt und Land" ist lückelos: Von Abriss und Kahlschlagsanierung (Hollergerter), Vernichtung von billigem Wohnraum durch Zusammenlegung (W19, Hermann 21 - 23), Modernisierung mit Folgen, Blockentkernung über Bauskandale, schlechende Sanierung und Leerstand ist alles dabei.

Schon vor dem 9. November waren sie (und alle anderen Sacke auch) darauf aus, Stadtteile von unbequemen Geistern, Menschen mit geringem Einkommen, die darum schon ein gewisses Widerstandspotential bzw Unsicherheitsfaktor darstellen, zu säubern und dadurch die Attraktivität solcher Bezirke für zahlungskräftigere Menschen zu erhöhen. Durch die Verschiebung der Stadtmittelpunkte wächst deren Interesse natürlich auch gerade in den vorderen Randbezirken wie Neukölln / Wedding und Kreuzberg Ein anderer Punkt, der hier nur kurz angedrungen werden soll, ist das oft mangelnde solidarische Verhalten (zahlensmäßig begrenzt) zwischen den verschiedenen Zusammenhängen.

Die oft und ausübrlich geführte Diskussion in Sachen Strukturen bilden, Widerstand vernetzen sollte sich jetzt, auch auf Grund des verstärkten Angriffs der Herrschenden, mehr in unsere alltägliche Praxis umsetzen.

BesätzerInnen der W 19 +
Stadteilkomitee Neukölln

9

KAMPF DEM TRETTATBAR



Angriff ist die beste Verteidigung

Wir sind eine Gruppe von 18 Leuten und haben am Sonnabend, den 2. Juni in der Dankelmannstraße 45 einen Laden besetzt, das "INFO - CAFE BEWEGUNG".

Bis 1983 hieß der Laden "MILLI TANZCAFE" und war Treff der umliegenden besetzten Häuser. Nach der Räumung wurde er 7 Jahre lang als Materiallager mißbraucht.

Unser Ziel war es, durch ein unkommerzielles Kiezladen, neues Leben in Charlottenburg zu erwecken, die Diskussion über Spekulation und Wohnungsnot hier zu beleben, Raum für interessante Gruppen zur Verfügung zu stellen und auch ganz speziell auf die bevorstehende Räumung der Remise Dankel 54 hinzuweisen.

Viel Prominenz zierte unsere Eröffnungsterminlichkeiten. Baustadtrat (Bagart) Dyckhoff, WIR-Geschäftsführer Friedland und last but not least der charlottener Oberbürger.

Nach mehrmaliger Räumungsandrohung sind wir abends freiwillig raus, leider sind kaum Unterstützer da gewesen (außer dem March-stäbchen, den hiermit nochmals gedankt sei!)

Wir geben natürlich nicht auf, sondern suchen UnterstützerInnen, kämpfen erstmal auf anderer Ebene weiter.

Nachdem es die BesetzerInnen der Remise Dankel 54 bisher abgelehnt haben, sich mit einem auf zwei Jahre befristeten Vertrag nach Moabit abschieben zu lassen, heißt es jetzt auch hier ab 15 Juni "Wanne frei".

Nach vier anderen Vorschlägen (Kita, Obdachlosenheim, bla, bla, bla...) sollen jetzt unsere 350 qm Wohnfläche zu einem Beratungsbüro der WIR für Fassadenbegrünung umfunktioniert werden. Unsere nächste Aufgabe ist es, den BewohnerInnen des Kiezes die ganze Situation massiv durch Flugis, Plakate, Aktionen klarzumachen.

Wir werden Dyckhoff zwingen, immer unverschämter zu lügen. So schnell werden wir NICHT aufgeben!!! Also, haltet Augen und Ohren offen.

Remise bleibt!!! Dyckhoff kommt wieder!!!!!! Solidarität mit March, Erkel und allen anderen Häusern in Ost und West!!!!!!

TERMINE:

Do. 14. Juni

Fr. 15. Juni

H-K-Plenum

Kiezdisco

Ort:
Remise Dankel 54
2.HH

FRIDRICHSHAINER LERSTANDSLISTE

Aufgeführt sind nur komplette Gebäudeteile; Einzelwohnungen und Etagen wurden nicht erfasst.
50 Besetzte Häuser warten auf Zuwachs! Die Spekulanten lauern schon - doch wir sind vor ihnen da!!

HH	Pintschstr.16	HH	Besartstr.37/39
HH	Pintschstr.12	SF	RichardSorgestr.34
HH	Jadamowitzstr.22	SF	RichardSorgestr.36
HH	Kardinerstr.15	HH	Eckertstr.6
2Hher	Thaerstr.35	SF	Weidenweg41
VH/SF/HH	Leibiger.15	VH	Leibiger.14/R1gaer.97
VH/SF/HH	Leibiger.16	SF	Zellstr.3
VH/SF	Leibiger.35	SF/HH	Proskauerstr.12
HH	Am Comeniusplatz2	SF/HH	R1gaerStr.76
SF	Lehmbruckstr.3/5	SF/HH	R1gaerStr.77
2.HH	Corinthstr.57	VH	R1gaerStr.78
HH	Markgrafendam3	VH	R1gaerStr.83 *
VH/SF/HH	DanneckerStr.10	VH/HH	R1gaerStr.94
SF	DanneckerStr.12	VH	R1gaerStr.97/Lieb18.34
HH/SF	Niederbarnimstr.22	VH	R1gaerStr.103
HH/SF	Niederbarnimstr.23	VH	Scharnweber.21/22 #
HH	Niederbarnimstr.24	VH	Scharnweber.38
VH/SF/HH	Kinziger.9 #	VH	Jungstr.2
VH	Kinziger.15 *	SF	Oderstr.34
VH/HH	Kinziger.17 #	VH/SF	JessennerStr.31 *
VH	Kinziger.19/Scharnweber #	SF/HH	JessennerStr.41
VH/SF/HH	Grünberger.73(priv)	SF/HH	BoxhagenerStr.119
VH/SF/HH	FrankfurterAllee54	SF	Seumestr.8
VH/SF/HH	FrankfurterAllee56	SF	Seumestr.9
VH/SF/HH		SF	Seumestr.10

Legende: * = Zustand unbewohnbar; (priv) = mit Sicherheit bereits in Spekulantenhand; # = schnell besetzen, da Abriss droht; fett = besonders empfehlenswert; VH = Vorderhaus; SF = Seitenflügel; HH = Hinterhaus.

Dr. Seifarth vom VEB KVV empfiehlt (Originalizität):
"Um willkürlichen Besetzungen mit all ihren Nachteilen künftig vorzubeugen, wird möglichen Interessengruppen empfohlen, Auskunft und Objektangebote von der Abteilung Um- und Ausbau des VEB KVV Berlin-Friedrichshain, Dolziger Str.12 einzuholen und sich beraten zu lassen.".....

Abonniert das

ANTIFA JUGENDINFO

ABO* 25,-- DM ●
Förder-ABO 50,-- DM ●

*) ABO: Ein Jahr lang alle ANTIFA-JUGENDINFOS, sowie Flugblätter, Plakate und Presseerklärungen der ANTIFA-JUGENDFRONT
Zahlbar im Voraus bar oder per Scheck
ANTIFA-JUGENDINFO, Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61

Am Pfingstweekende kam es erneut zu mehreren Angriffsversuchen Faschis-
tischer Männergruppen auf die instandbesetzten Häuser in der Mainzer und
Kreutziger Str. Diesmal gingen die BewohnerInnen auf die Strasse und
schlugen die Angriffe im Vorfeld zurück. Sie waren dabei mit Knüppeln und
Helmen ausgerüstet und zum Teil maskiert.

Warum diese massive Gegenwehr?
Die Volkspolizei hatte uns schon im Vorfeld mitgeteilt, dass Sie nicht in
der Lage sei, die besetzten Häuser zu schützen. Die Erfahrungen der letzten
Monate in Berlin Hauptstadt haben uns gezeigt, dass eine rein defensive Ver-
teidigung die Faschisten nicht von Angriffen abhält. Im Gegenteil, die Härte
und die Häufigkeit nimmt von Woche zu Woche zu.
Bereits am Freitag wurden bei einem Angriff auf ein Kulturzentrum in der
Oranienburgerstrasse vier Menschen durch Brandsätze lebensgefährlich ver-
letzt, dabei verlor eine Frau ihr Augenlicht. Immer mehr Menschen werden auf
der Strasse bedroht und/oder zusammengeschlagen. Diesem Menschenverachtenden
vorgehen können wir nicht mehr länger tatenlos zusehen. Wir müssen selbst
dafür sorgen, dass die Strassen in Friedrichshain und überall wieder unbe-
sorgt betreten werden können.

Was steckt hinter dem Strassenterror?

Die Angriffe auf die instandbesetzten Häuser werden von dem Faschistenzen-
trum in der Weillingsstrasse (Lichtenberg) koordiniert. Dort gehen die
Vertreter Neofaschistischer Organisationen aus und ein. Es handelt sich dabei
um die westdeutsche FAP Michael Kühnen's und Nationale Alternative (NA),
eine paramilitärische Nazioorganisation aus der DDR. Namhafte und mehrfach
vorbestrafte " Führer " dieser Organisationen wie Oliver Schweigert (West-
Berlin) oder Christian Worch (BRD) konnten dort ungehindert Interviews
geben. Junge Menschen werden dort theoretisch gedreht und im Umgang mit
Waffen ausgebildet. Seit der Existenz dieses Zentrums haben Überfälle und
faschistische Aktionen sprunghaft zugenommen. ROTZ ALLEDDEM SCHWEIGT DER
MAGISTRAT!!!

Wie wir mit dem Strassenterror umgehen wollen.

Aufgrund dieser Situation werden wir auch in Zukunft den SELBSTSCHUTZ ge-
gen diese faschistischen Überfälle übernehmen und uns dagegen zur Wehr
setzen müssen. Für IHRE SOLIDARITÄT am Wochenende bedanken wir uns. Lassen
Sie uns gemeinsam den Antifaschistischen Widerstand hier und überall or-
ganisieren. Da in Zukunft weiterhin mit Überfällen von Neonazis gerechnet
werden muss, appellieren wir an Sie, entsprechenden Selbstschutz zu bedenken.
Wir wollen weiterhin offene Häuser haben, Kiezkultur und Leben hier und jetzt
in der Mainzer und Kreutziger Strasse. An eine Konfrontation mit der Volks-
polizei haben wir überhaupt kein Interesse. Bedingt durch das regelmäßige
zu späte Auftreten der VOPD und unserem Willen den Widerstand gegen die
Neonazis nicht ins Leere verlaufen zu lassen, wäre es fast zu einer Ausein-
andersetzung gekommen.

Da die Neonazis oft nach sogenannten " Schwarzen Listen " vorgehen, müssen
wir uns bei Gegenmassnahmen maskieren. Sollten Sie fotografieren oder fil-
men wollen, bitten wir Sie, dies mit uns abzusprechen, um Missverständnissen
vorzubeugen.

Friedrichshain, den 04.06.90
Die InstandbesetzerInnen der
Kreutziger und Mainzer Strasse

Vorwort:

Eine breite Bündnis-Demo gegen die neofaschistischen Überfälle in Ostberlin wird nun vorbereitet. Sie soll zwischen dem 20. und 22.6. in Ostberlin am S-Bhf Rummelsburg starten und an den Häusern der Faschisten in der Weillingsstr. in Lichtenberg vorbeiführen. Es gibt Informationen, daß wegen der Sonnenwendfeier am 21.6. mit erneuten Angriffen der Faschos zurechnen ist. Die aktuellsten Infos erhält mensch im neuen Info-Cafe "Bandito Rosso" in der Lottumstr. 10a (das ist in der Nähe der Kreuzung Wilhelm-Pieck-Str./Schönhauser Allee).

Eine neue Ausgabe der "radikal" (Nr. 140) ist erschienen - sehr empfehlenswert; das Inhaltsverzeichnis und die neue Postadresse der der radi findet ihr auf Seite 37. Einladen möchten wir euch alle zur Eröffnung der neuen Büroräume von Statbau im "Urbanhof" in der Urbanstr. 116 am Freitag den 15.6. ab 15.00 Uhr. Für Speis und Trank ist gesorgt.

Und zuletzt noch ein Hinweis an unsere Leserinnen in der DDR: da es schon länger kein Problem mehr ist, unser Blättchen in die DDR zu bekommen hier mal wieder unsere Vertriebsbedingungen (wie für Westdeutschland): Info-Läden und -Cafe's bekommen die Interim umsonst zum auslegen; zum Weiterverkaufen könnt ihr sie ab mindestens drei Exemplaren (nicht mehr mindestens 5 Exemplare) direkt bei uns bestellen; abgerechnet werden dann 2.-DM pro Ex. (ab Juli '90 - vorher noch umsonst) - Porto und Verpackung übernehmen wir. Knastabos sind auch umsonst. Abos für Einzelpersonen gibt's nicht, da es uns zu viel Arbeit ist.

Cafe's und Info-Läden in Ostberlin, die Lust haben, die Interim zu verkaufen, möchten wir erstmal vorschlagen, bei den bekannten Verkaufsstellen in Westberlin die Zeitungen abzuholen. Neue n Läden in Westberlin, die die Interim verkaufen wollen, möchten wir auch vorschlagen, sich die Zeitungen selbst zu organisieren, da wir einfach schon genug Arbeit haben.

Im Ordner landeten: zwei weitere Flüge aus Leipzig; ein Flug der Burschenschaften; weitere Texte zur Botschaftsbesetzung in Ostberlin; ein Flug zum Börsenprozeß; zwei Kommentare aus dem "telegraph"; ein Bericht über Räumungen, etc. in Groningen, Holland.

Briefe, Beschwerden und Bestellungen wie immer am: Interim

Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Auf dem Titel ist die Mainzerstr. in Ostberlin abgebildet. Dort sind 11 Häuser besetzt, die schon wiederholt von Faschos angegriffen wurden.

STATBAU
Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
Wir laden ein...

...zur Eröffnung

unserer neuen Büroräume im "Urbanhof" Urbanstraße 116

um Freitag, dem 15. Juni 1990 ab 15.00 Uhr

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von

STATBAU

Unsere Büroräume liegen in der dritten und vierten Etage des "Urbanhofes" Sie sind zu erreichen über den Eingang Urbanstraße 116, 3. Hof, Aufgang 7 oder über den Eingang Dieffenbachstraße 36, 3. Hof, Aufgang 7.



- 3 BürgerInnenflug aus d. Mainzerstr.
- 4 Leerstandsliste für Friedrichshain
- 5 Diverses zum Häuserkampf
- 10 Diskussionspapiere zu "Drecksäcke im Schländergang"
- 15 Bericht vom Treffen d. Burschen
- 16 2000 Seiten sind nicht genug
- 18 Bericht vom Kongress d. Radikalen Linken
- 21 Redebetrug d. FANTIFA
- 24 Solidaritäten zum HS in Spanien
- 29 Prozeßinfos aus Stammheim
- 30 Kritik an der Knastkundgebung
- 30 Einführung in sozialdemokratische Bullenkonzepte
- 33 zur Fußball WM in Italien
- 36 Aufruf zur ANTI-IWF-DEMO in Leipzig
- 37 Werbung für RADIKAL 140
- 38 die autonome Opposition in d. TAZ
- 39 Termine

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Interim e.V.

Gneisenaustr. 2a

1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

InfoLaden
Koburger Str. 8 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen/leipzig

WITTEKOPF

Wöchentliches Berlin-Info

BIAK 9

auswärts
2,50 DM

2 DM

